

Ercheint 6mal wöchentlich, mit 16 Seiten. Preis 1,20 M. ...

Donnerstag, den 9. Februar 1933

Verlagsvorstand Dresden ... Einzelnenbriefe: Die Inhaltliche Zeitschrift ...

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania ...

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung ...

Stegerwald für Reichsreform

Eine zweite Klage Preußens beim Staatsgerichtshof — 1,3 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt — Ueberwachungsausschuß erst Ende der Woche

Für demokratische Erneuerung

Berlin, 8. Februar. (E. M.)

Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald veröffentlicht in der Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes einen Artikel, in dem er u. a. Vorschläge zu einer

Änderung des deutschen Staatsaufbaues

vorschlägt. Nach seiner Ansicht ist erforderlich und möglich: 1. die Betrauung des deutschen Reichspräsidenten auch mit dem Amte eines preussischen Staatspräsidenten, 2. der Zwang für die Reichsregierung und die Länderregierungen,

lediglich nach jeder Neuwahl das Vertrauen des Parlaments

nachzusuchen, und die Unmöglichkeit für die Parlamente, die Regierungen während einer Legislaturperiode zu stürzen, 3. die Umgestaltung des Reichsrats, der ähnliche Rechte bekommen soll, wie sie in allen großen Demokratien der Welt dem Oberhaus bzw. der ersten Kammer eingeräumt sind, 4. eine ganz bedeutende Verkleinerung der Wahlkreise.

Die Forderungen Stegerwalds stimmen im wesentlichen mit den Gedanken zur Reichsreform überein, die

wir in einer Reihe von Leitartikeln vor dem Kölner Parteitag von 1928 entwickelt und seitdem immer wieder vertreten haben. Es bleibt bedauerlich, daß es der Führung der Zentrumspartei nicht möglich gewesen ist, den Gedanken der Reichsreform rascher vorwärts zu treiben. Heute ist das Bekenntnis eines führenden Zentrumsmannes zu diesen Gedanken weniger einflussreich, als es noch vor einem Jahre hätte sein können. Denn inzwischen ist die Führung in dieser Frage leider in andere Hände übergegangen ...

Aufruf des Arbeiter-Beirates des Zentrums

Köln, 8. Februar. (E. M.) Der Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei erläßt anläßlich der kommenden Reichstagswahl einen Aufruf an die christliche Arbeiterschaft, der u. a. auf die Rolle des Zentrums bei den jüngsten innerpolitischen Ereignissen in Deutschland eingetht. Die Deutsche Zentrumspartei, so heißt es, habe sich in den letzten Tagen erneut als Hort der Lebensrechte des arbeitenden Volkes erwiesen.

Hitlers „Gehaltsverzicht“

In großer Aufmachung ging dieser Tage die Behauptung durch die Presse, Adolf Hitler habe auf sein Gehalt als Reichskanzler verzichtet, „weil er den Lebensunterhalt aus seinen schriftstellerischen Arbeiten verdiene“. Diese Behauptung, die vor allem von der nationalsozialistischen Presse mit drei- und vierseitigen Ueberschriften gebracht wurde, mußte sofort einigen Zweifeln begegnen. Liegt doch eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 16. Dezember 1930 vor, nach der ein Beamter auf sein Gehalt oder seinen Pensionsanspruch nur dann verzichten kann, wenn er auf die Beamtenstellung überhaupt verzichtet. Inzwischen hat sich ja auch die Rechtspreffe dahin berichtigt, daß Hitler auf sein Gehalt nicht verzichtet hat, sondern über das Gehalt in der Weise verfügt, daß es nach dem Abzug der üblichen Steuern und Abgaben einem Kuratorium überwiesen wird, das das Geld an bedürftige Hinterbliebene erschossener SA-Leute und Polizeibeamte verteilt.

Die Dinge liegen also doch wesentlich anders, als es die nationalsozialistische Presse ihren Lesern glauben machen wollte. Zwar hat Hitler nicht direkt einen finanziellen Vorteil von seiner Stellung als Kanzler, wohl aber indirekt. Denn der „zur Verfügung gestellte“ Betrag kommt in erster Linie zwecken seiner Partei, nämlich der Versorgung erschossener SA-Leute zugute. Dieser „Gehaltsverzicht“ hat also den gleichen Charakter wie seinerzeit der mit lauter Propaganda verkündete „Diäten-Verzicht“ der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, der angeblich „zugunsten der Erwerbslosen“ erfolgte. In Wahrheit haben die Abgeordneten damals ihre Diäten prompt kassiert und sie — wenn man ihnen soweit glauben will — der Kasse ihrer Partei für die Unterstüßung erwerbsloser Parteigenossen zur Verfügung gestellt. Die Allgemeinheit hat jedenfalls von dieser seltsamen Stiftung nichts gehabt. Und sie wird auch von dem „Gehaltsverzicht“ Hitlers nichts haben. Vielleicht wird in dem einen oder anderen Falle an Hinterbliebene von Polizeibeamten etwas gegeben werden. Auch diese Gaben werden indirekt als Propaganda-Unkosten der NSDAP. buchen dürfen.

Hitlers „Gehaltsverzicht“ zugunsten seiner Partei unterscheidet sich also sehr von dem wirklichen Pensionsverzicht, den Stegerwald nach seinem Ausscheiden als preussischer Ministerpräsident unter gleichzeitigem Verzicht auf seine Beamteneigenschaft aussprach, von dem Verzicht Dr. Seipels auf seine Pension als Bundeskanzler, von dem Verzicht Brauns' und Marx' auf Teile ihrer Pension. Die echten Verzichte haben die Staatskassen wirklich entlastet, zum Teil den Staat von langfristigen Verpflichtungen befreit. Den größten finanziellen Vorteil auf diesem Gebiet hat Brüning der Reichskasse verschafft durch jenes Gesetz, das den Pensionsanspruch für parlamentarische Minister überhaupt beseitigte. Von diesen wirklichen, großen Vorteilen, die führende Zentrumsmänner durch persönliche Opfer und sachlich zweckmäßige Maßnahmen der Staatskasse gebracht haben, hat man in der Rechtspreffe nie etwas gelesen. Aus dem „Gehaltsverzicht“ Hitlers, der in Wahrheit seiner Partei zugute kommt, wird großes Geschrei gemacht.

Gegenüber dieser scheinbaren Entlastung des Reichshaushalts, die sich tatsächlich aber kassenmäßig überhaupt nicht auswirkt, stehen sehr erhebliche Neubelastungen des Reichshaushalts durch die Regierung Hitler. Man denke nur daran, an wie vielen leitenden Stellen in den letzten Tagen ein Personalwechsel eingetreten ist. Wie diese Beamten — zum großen Teil langjähere, erstklassige Fachleute, an

Richter verteidigt die Polizei

Der sächsische Innenminister über die neue Notverordnung zum Schutze des Volkes

Dresden, 8. Februar.

(M.) Am 7. Februar hat im Ministerium des Innern eine Dienstbesprechung mit den Kreishauptleuten und den Vorständen der staatlichen Polizeibehörden stattgefunden, in der die allgemeine Lage und die neue Reichsnotverordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 6. Februar 1933 besprochen wurde.

Bei dieser Gelegenheit hat Staatsminister Richter u. a. folgende Ausführungen gemacht:

Die Wiederherstellung der völligen Agitations- und Versammlungsfreiheit nach Ablauf des Burgfriedens habe sich nicht bewähren können eine wesentliche Verschärfung der politischen Gesetze zur Folge gehabt. Deshalb habe die Sächsische Regierung noch vor dem Wechsel der Reichsregierung die Wiedereinführung des Anmeldebzwanges für alle öffentlichen Versammlungen und die Möglichkeit, solche wegen Gefährdung der Sicherheit und Ordnung zu verbieten, angesetzt. In der neuen Reichspräsidenten-Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes sei dies geschehen. Auch sei eine Anzahl Vorschriften, die bereits früher in Geltung waren, wieder hergestellt worden. Die neue Rechtslage, die aufs höchste gestiegene politische Spannung und der bevorstehende Wahlkampf stellten die Polizei wieder vor schwere Aufgaben. Sie wolle und werde sie lösen in Treue zu Staat und Volk als überparteiliches Machtmittel zum Schutze der Ordnung. Sie werde sich durch nichts von dem allein möglichen Standpunkte der

Bereitschaft gegen jedermann

abbringen lassen. Für ihren schweren Dienst verdiene die Polizei die Unterstützung und den Schutz der Regierung und aller Einseitigen, insbesondere gegen eine Verhöhnung, wie sie aus Anlaß der bedauerlichen Vorfälle im Reglerheim von kommunistischer Seite planmäßig in Szene gesetzt worden sei. Das Ministerium habe sich in der Beurteilung des Sachverhalts, über den eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet sei, bisher absichtlich zurückgehalten. Durch die bisherigen Erörterungen sei aber die Wichtigkeit der Regierungserklärung im Landtag, daß die Polizeibeamten sich bei der Abmündung des Saales hätten durchsetzen müssen, und daß sie in Notwehr gehandelt hätten, nicht widerlegt worden. Solange die Untersuchung durch die berufenen staatlichen Organe nicht abgeschlossen sei, bestünden allerdings gegen eine gleichlaufende Erörterung durch andere

Organe, insbesondere durch den vom Landtag hierzu eingesetzten Untersuchungsausschuß erhebliche strafprozessuale Bedenken. Die Regierung sei aber nicht in der Lage, die Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses, der nach der Verfassung eingesetzt werden müsse, wenn ein Fünftel der Abgeordneten es verlange, zu hindern oder zu beschränken. Gegenüber den von kommunistischer Seite gellend bei jeder sich bietenden Gelegenheit verbreiteten Darstellungen über

angeblich provokatorisches Verhalten von Polizeibeamten

möchte er nachdrücklich feststellen, daß die Polizeibeamten persönlich das größte Interesse daran hätten, in Ruhe und Frieden mit der Bevölkerung auszukommen. Hierzu würden sie erzogen und dauernd daran erinnert, Besonnenheit und Ruhe zu bewahren, Entgegenkommen zu zeigen, wo es nur geht, und unnötige Schärfe zu vermeiden. In Wirklichkeit falle es keinem Beamten ein, ohne Veranlassung, wie das so gern behauptet werde, gegen die Bevölkerung vorzugehen. Ein Gegensatz zwischen Polizei und friedlicher Bevölkerung gebe es nur für solche, die ein Interesse daran hätten, die Ordnung zu stören, oder Unzufriedenheit der Massen und anarchische Zustände herbeizuführen. Wenn die Polizei als schiefwützig hingestellt werde, so erinnere er an seine Darlegung im Landtag, daß beispielsweise bei der Dresdner Polizei seit mehreren Jahren beim Einsatz nur in zwei Fällen je ein Beamter von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hätte, und zwar habe es sich hier um Ueberrfälle auf die Beamten gehandelt, wo sie in dringender Notwehr nicht anders handeln konnten. Jederzeit müsse die Polizei, wo sie austrete, der Staatsautorität Geltung verschaffen, sich durchsetzen und den Widerstand brechen, der sich ihr entgegenstelle. Dieser Grundgedanke sei für jede Regierung — gleichviel welcher Parteizugehörigkeit — eine Selbstverständlichkeit. Auch das Publikum müsse dafür Verständnis haben, daß die Geduld der Beamten, wenn sie an ihrer Ehre angegriffen oder, wie so oft, in gemeinster Weise beschimpft würden, auf eine harte Probe gestellt werde. Dann falle aber die Schuld in erster Linie nicht auf die Polizei, sondern auf jene Elemente, die die Massen gegen die Polizei aufstacheln und ihnen ohnehin aufsteigenden Dienst bis zur Unverträglichkeit erschweren.

Man müsse vor einer solchen planmäßigen Massenverhöhnung auf das eindringlichste warnen, und es werde Aufgabe der Polizeibehörden sein, sich gegen solche Brandstiftungen nachdrücklich zu wehren.

theater

104

Preußens zweite Klage

Die Auflösung und Neuwahl des Preussischen Landtags soll für rechtsungültig erklärt werden

deren Stelle man unerfahrene Parteimänner gesetzt hat — beziehen sehr selbstverständlich entweder Parteigeld oder Ruhegehalt. Da gleichzeitig ihre Amtsnachfolger den entsprechenden vollen Gehalt beziehen und nicht daran denken, einen „Gehaltsverzicht“ auszusprechen, ist die Staatsschatte zunächst einmal um die Summe der Parteigelder neu belastet. Dazu kommt, daß die Regierung eine ganze Reihe hoher Posten neu geschaffen hat, u. a. eine ganze Reihe Parteifunktionäre als Beamte „zur besonderen Verwendung“ ernannt hat; diese Männer beziehen also Gehälter, die bisher im Etat nicht vorgesehen waren. Wenn es den vereinigten Harzburgern nicht gelingt, binnen Jahresfrist die parlamentarische Kontrolle überhaupt auszusprechen, dann werden den gutgläubigen Deutschen bei der Vorlegung des nächsten Reichshaushalts die Haare zu Berge stehen über die finanziellen Folgen, die die Ernennung dieses Kabinetts der „Mächte-gern-Diktatoren“ gehabt hat. Vielleicht wird das Deutsche Reich am Ende dieser Epoche so dastehen wie Spanien nach dem Regime Primo de Rivera: Mit einer unerwarteten Schuldenlast von phantastischer Höhe.

Das also ist die Wahrheit über Hitlers großmütigen „Gehaltsverzicht“. Und ganz besonders interessant ist die Begründung dieses Gehaltsverzichts. Hitler hat das Reichskanzler-Gehalt angeblich nicht nötig, weil er „seinen Lebensunterhalt durch seine schriftstellerischen Arbeiten verdient“. Ja — ist denn der Herr Reichskanzler im Nebenamt als Schriftsteller tätig? Doch sicherlich nicht, vielmehr versehen ihn die Erträgnisse aus seiner früheren schriftstellerischen Arbeit in die Lage, heute zugunsten seiner Partei auf das Reichskanzlergehalt verzichten zu können. Solche Erträgnisse tragen aber den Charakter von Zinsen. Wir und die Mehrzahl unserer Volksgenossen halten Einkünfte dieser Art für durchaus ehrenhaft; aber gerade die nationalsozialistische Bewegung ist es gewesen, die über diese Art des „arbeitslosen“ Einkommens bei jeder Gelegenheit hergezogen ist. Und es liegt ein eigener Reiz darin, daß der Führer der Partei, die die „Vrechung der Zinsknechtschaft“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, mit großer Beste erklären kann, er habe das Reichskanzlergehalt nicht notwendig, weil ihm genügend Einkünfte aus Zinsen zur Verfügung stehen. . . . Dyk.

1,3 Milliarden Defizit

Reichseinnahmen und -Ausgaben im Dezember.

Berlin, 8. Februar. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Dezember 1932 (Angaben in Millionen RM) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 632,9 (im November 567,0) und die Ausgaben 729,9 (641,5); mithin ergibt sich für Dezember eine Mehrausgabe von 97,0 (74,5). Das Defizit Ende Dezember stellt sich auf 1387,6 (1325,6). Im außerordentlichen Haushalt wurden im Dezember 0,9 verausgabt. Für beide Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge bzw. Bestände wird errechnet per Ende Dezember 1932 ein Defizit von 1348,2 (1285,3). Die Gesamtschuld erreicht am Jahresende den Betrag von 10 424,6 gegen 10 500,8 am 30. September 1932.

Erhöhung der Beihilfen

im Notwerk der deutschen Jugend

Berlin, 8. Februar. In Abänderung seines Erlasses vom 24. Dezember 1932 hat sich der Reichsarbeitsminister einverstanden erklärt, daß der Durchschnitt der Beihilfen, die aus Reichsmitteln für das Notwerk der deutschen Jugend gewährt werden, von zwanzig auf 25 Reichspfennige erhöht wird. Infolgedessen können höchstens je nach den örtlichen Verhältnissen 20 bis 30 Reichspfennige statt 15 bis 25 Reichspfennige für jeden Teilnehmer gezahlt werden.

Kurze Nachrichten

Erdbeben in Oberbaden.

Karlsruhe, 8. Februar. In Oberbaden wurde heute morgen ein leichter Erdstoß verspürt. In Rastatt verursachte diese ungewohnte Erscheinung eine Panik. Es wurde erheblicher Sachschaden angerichtet.

Der König von Schweden beim Reichspräsidenten.

Berlin, 8. Februar. Der König von Schweden, der heute auf der Durchreise nach dem Säiden in Berlin weilte, stattete dem Herrn Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab. — Der Reichspräsident empfing weiter den von Berlin scheidenden ungarischen Gesandten v. Kanya in privater Abschiedsaudienz.

Von Nationalsozialisten erschossen?

Stadtbach-Rheindt, 8. Februar. In der Siedlung Engelbeck bei Neuwerk wurde ein Arbeiter, der vor einigen Wochen von der SA. zur KPD. übergetreten ist, erschossen aufgefunden.

Urteil gegen Hummel rechtskräftig.

Freiburg, 8. Februar. Das Urteil im Prozeß gegen den Betrüger Karl Ignaz Hummel, der als Rückkehrer Oskar Daubmann auftrat, ist rechtskräftig geworden, nachdem die Verteidigung und Staatsanwaltschaft ihre Revision zurückgezogen haben. Hummel war zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

300 000 Mark in der Preussischen Klassenlotterie gezogen.

Berlin, 8. Februar. (E. M.) In der heutigen Nachmittagsziehung der 5. Klasse der 40.268. preussischen Klassenlotterie fiel ein Hauptgewinn von 300 000 Mark auf die Nr. 347 087, die in beiden Abteilungen in Ahtelosen gepielt wird, in der ersten Abteilung im Rheinlande und in der zweiten Abteilung in Niederschlesien.

Berlin, 8. Februar.

Die Regierung Braun hat am Mittwoch vormittag dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine zweite Klageschrift überreicht, die sich gegen die Auflösung des Preussischen Landtages richtet. Die Klageschrift stellt den Antrag, der Staatsgerichtshof solle feststellen, daß die am 8. Februar durch den Reichskommissar v. Papen und den Landtagspräsidenten Kerrl ausgesprochene Landtagsauflösung mit der Reichsverfassung und der preuß. Verfassung nicht in Einklang stehe und daher ungültig sei. Weiter soll festgestellt werden, daß der Reichskommissar eine Neuwahl zum Preussischen Landtag nicht anberaumen dürfe und daß die anberaumte Neuwahl unzulässig sei.

Ueberwachungsausschuß erst Ende der Woche

Berlin, 8. Februar.

Auf den Brief des Abg. Löbe antwortete Reichstagspräsident Goering mit einem ausführlichen Schreiben. Er brachte zum Ausdruck, daß erst eine Vereinigung zwischen den beteiligten Ausschußmitgliedern versucht werden soll, wie es in der Praxis auch bisher üblich gewesen sei. Wenn ein befriedigendes Resultat nicht zu erzielen sei, so werde er, Goering, eine Vermittlung herbeiführen, um die sachliche Arbeit des Ausschusses pflichtgemäß zu gewährleisten.

Eine Einberufung des Ueberwachungsausschusses ist am Dienstag nicht mehr erfolgt. Abg. Löbe wird über das weitere Vorgehen erst am Mittwoch entscheiden.

Der Brief des Reichstagspräsidenten Göring ist am Mittwoch früh in die Hände des Vorsitzenden des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksovertretung Abg. Löbe gelangt. Seine Entschliebung über

Ein Sachbearbeiter für studentische Fragen im preussischen Kultusministerium.

Berlin, 8. Februar. (E. M.) Der Studienassessor Haupt ist zur Bearbeitung studentischer Fragen in das preussische Kultusministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einberufen worden.

Lezte sächsische Meldungen

Zeitungsverbot in Chemnitz.

Chemnitz, 8. Februar. Das hiesige Organ der KPD, „Der Kämpfer“, sowie die im gleichen Verlag erscheinende Tageszeitung „Das Echo“ sind heute mit sofortiger Wirkung bis einschließlich den 14. Februar verboten worden.

Ernst Ledig †

Chemnitz, 8. Februar. Im 90. Lebensjahr starb hier der ehemalige Direktor der Städtischen Gaswerke, Ernst Ledig.

Drahtfeilschlag in Dresden?

Dresden, 8. Februar. Am Montagabend haben bisher unbekannte Täter über die Kalher Straße an der Ecke Würzburger Straße etwa 1 1/2 Meter über dem Erdboden einen Draht gespannt. Glücklicherweise zerbrach der Draht, als ein Auto die Stelle passierte. Ob nur grober Unfug vorliegt oder ein Ueberfall geplant war, steht nicht fest.

Aus der Sitzung des Gesamtrates zu Dresden.

Der Rat stimmte dem Abschluß eines Vertrages mit der Dremag über die Entwässerung der Stadt Freital zu. Daburich soll im Einvernehmen mit der Stadt Freital und dem Zweckverband für die Wasserversorgung der Gemeinden des Plauenischen Grundes eine einheitliche und einwandfreie Beseitigung der Abwässer im Plauenischen Grundes zunächst bis zur Grenze Freital-Hainsberg, später bis Tharandt ermöglicht werden.

Im Verkehrsinteresse und zugleich als Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurde die Kleinsteinplatte- und verschleibener Straßen beschloffen. (Zu beiden Angelegenheiten bedarf es noch der Beschlußfassung der Stadtoverordneten.)

Nach Erledigung der Tagesordnung verabschiedete Oberbürgermeister Dr. Kütz die aus dem Räte ausscheidenden ehrenamtlichen Ratsmitglieder und sprach ihnen unter eingehender Würdigung ihrer verdienstvollen Mitarbeit in den beiden städtischen Körperchaften Dank und Anerkennung der Stadtverwaltung aus.

I. Weihen. Autounfall. In der Nacht zum Sonntag ereignete sich auf der Staatsstraße Weihen-Dresden in Flur Brodowitz ein Kraftwagenunfall. Der Führer eines aus Richtung Weihen kommenden Personautos verlor die Gewalt über den Wagen. Dieser rief einen Kilometerstein und einen starken Baum um und blieb schwer beschädigt liegen. Der Führer erlitt nur einige Prellungen. In der Aufregung unternahm er einen Selbstmordversuch, indem er sich in die Elbe stürzte. Er konnte jedoch von einem Brodowitzer Outbesitzer aus dem Wasser geholt werden.

I. Ruppertsdorf i. L. Selbstmord eines Bürgermeisters. Der frühere Bürgermeister und jetzige Warenbeschauer Hermann Seeliger ertränkte sich in einer der letzten Nächte. Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis sollen den Anstoß dazu gegeben haben.

75 oder 80 Prozent Ruhegehalt?

Das Oberlandesgericht hat vor kurzem in einem Beamtenprozeß entschieden, daß die Herabsetzung des Ruhegehalts von 80 auf 75 Prozent rechtsungültig sei. Wie wir hören, hat die sächsische Regierung Revision hiergegen beim Reichsgericht eingelegt. Da dieses früher gegenteilig entschieden hat, ist mit der Aufhebung des beamtengünstigen Dresdner Urteils zu rechnen.

das weitere Vorgehen wird Löbe erst im Laufe des Tages treffen, nachdem er mit seinen Fraktionskollegen Führung genommen hat. Zu dem vom Reichstagspräsidenten zunächst gewünschten Versuch einer direkten Vereinigung des Konfliktes zwischen den beiden Parteien wird es kaum kommen, da weder Nationalsozialisten noch Sozialdemokraten geneigt sein dürften, eine solche Aussprache herbeizuführen. Es wird daher zur Ausräumdung der Schwierigkeiten für eine sachliche Arbeit des Ausschusses nur die Vermittlung des Präsidenten Göring übrig bleiben. Die Wiederberufung des Ueberwachungsausschusses ist unter diesen Umständen erst für Ende der Woche, wahrscheinlich für Freitag, zu erwarten.

Die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe

Berlin, 8. Februar. (E. M.)

Da am 5. März, dem Tage der Reichstagswahl die Leipziger Messe beginnt, ist in den an der Messe interessierten Kreisen eine gewisse Beunruhigung entstanden. Man befürchtet eine Beeinträchtigung des Eröffnungsgeschäftes durch die Reichstagswahl. Von zuständiger Seite wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in der Verordnung des Reichsinnenministers über die Durchführung der Wahl auch Bestimmungen enthalten sind, die die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe regeln. Entsprechend den Bestimmungen für die Stimmabgabe im Reiseverkehr werden bestimmte Stimmlokale für die Messe eingerichtet werden, die den ganzen Tag für Wahlberechtigte mit Wahl Scheinen zur Verfügung stehen.

Hebung eines im Jahre 1906 gesunkenen Schiffes.

Nagasaki (Japan). Eine Bergungsgesellschaft aus Osaka (Japan) stellt zur Zeit Hebungversuche an der portugiesischen Galleone „Madre de Deus“ an, die im Jahre 1609 bei der Insel Schiro gegenüber Nagasaki sank. Man fand bisher die Schädel von drei Mitgliedern der Besatzung. Für sie wurde am 9. Dezember, dem Jahrestag des Schiffsuntergangs, eine Messe gelesen. Das Schiff liegt 44 Faden tief. Man vermutet in seinem Innern Truhen von Gold und Silber, wertvolles Porzellan und sonstige Seltenheiten, die vielleicht trotz des Aufenthalts im Wasser nicht gelitten haben. Bisher förderte man u. a. Bronzeteile alter Kanonen und geschmiedetes Holzwerk zutage. Es ist festgestellt, daß Bug und Bugspriet (mit Aufbau) freiliegen, während Teile des Schiffsrumpfes vom Meereschlamm bedeckt sind. Die Bergungsgesellschaft hofft auf baldige Hebung des „Schäbeladenen Schiffes“. Die Hauptflagur der Galleone, ein Bild der allerjüngsten Jungfrau, scheint unverfehrt zu sein.

120 000 illegale Druckschriften beschlagnahmt

Kassel, 8. Februar.

Das Polizeipräsidium meldet: Auf Grund sachdienlicher Mitteilungen des Standartenführers der Kasseler SA konnte die Polizeische Polizei Kassel am Sonntagmorgen in Berlin einen Lastkraftwagen mit 120 000 Stück (etwa 16 Zentner) einer illegalen kommunikativen Druckschrift sicherstellen lassen. Der Lastkraftwagen, versehen mit einer I-Nummer, war am Sonntagabend vor Mittag von Kassel abgefahren, wo die Druckschrift in einer kleinen Druckerlei in der Nacht zum Sonntagabend hergestellt worden war. Der Drucker ist gefänglich und überführt.

Eine Dementi zur Döhrle

Der Reichskommissar für die Osthilfe stellt zu den bereits widerlegten Behauptungen des „Vorwärts“ noch einmal ausdrücklich fest, daß die Gattin des vormaligen Kaisers weder die Osthilfe in Anspruch genommen, noch direkt oder indirekt mit irgendeiner Stelle der Osthilfeorganisation Verhandlungen geführt habe, daß der Vetter des Finanzamtes Kuppeln weder in seiner Stellungnahme zum Entschuldigungsantrag von Quast-Radenleben noch außerhalb dieser Stellungnahme die behaupteten oder ähnliche Ausdrücke über die Umschuldung von Radenleben gebraucht habe.

Dresdner Börse vom 8. Februar

Freundlich. Die Umsätze am Aktienmarkt hielten sich in engeren Grenzen, so daß es nur vereinzelt zu Kursveränderungen kam. Die Grundstimmung blieb weiterhin freundlich. Kennenwert höher verkehrten Reichsbank + 3/4 Proz., Steintiner Bergschloß-Brauerei + 4 Proz., Schöffelhof und Strohhof je + 2 Proz., Polophon + 1 1/2 Proz., Schubert & Salzer, Rolenthal und Fröh Schulz je + 1 1/2 Proz. Rückgängig waren Kulmbacher Kizzi um 2 Proz., Lingner um 1 1/2 Proz., Sachsenwerk um 1 Proz. und Sachsenwerk ohne Dividendarantie um 2 Proz. Am Anleihemarkt machte die Kursbesserung weiter Fortschritte. 7 prozentige Reichsanleihe 1929 gewannen 2,7 Prozent, Mecklenburger Staatsanleihe + 4 Proz., Dresdner Stadtanleihe 1928 + 1 1/2 Proz. Am Pfandbriefmarkt konnten sich weiterhin Gewinne von 1 bis 1 1/2 Proz. durchsetzen.

Kursnotierungen. Reichsanleihe Altbesitz 65; Reichsanleihe Neubesitz 8,80; Reichsbank 147 1/2; Sächs. Bodenkreditanstalt 80 1/2; Chem. Fabrik von Heiden 58 1/2; Chem. Fabrik Selsberg 70; Dresdner Gardinen 10 1/2; Elektra 125 1/2; Erste Kilmbacher 51 1/2; Felsenkeller 41 1/2; Kulmbacher Kizzi 114; Mimosa 100 1/2; Peniger Patentpapier 28 1/2; Polophon 37 1/2; Radeberger Exportbier 160 1/2; Reichelbräu 144 1/2; Schubert & Salzer 166 1/2; Soc. Brauerei Waldschlößchen 90 1/2; Wanderer 58 1/2; Zell-Thon 65.

Witterungsaussichten der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Zeitweise aufstrichende Winde aus westlichen Richtungen. Vorwiegend stark bewölkt. Regung zur Nebelbildung. Temperaturverhältnisse nicht weitgehend gebürt. Auftreten von meist leichten Niederschlägen.

Schulfragen vor dem Landtag

Schlechte Ausichten für Abiturienten

Dresden, 8. Februar.

(Anfang der Sitzung siehe gestrige Ausgabe.)

Ministerpräsident Schick führte bei der Begründung der Regierungsvorlage betr. den Entwurf eines Gesetzes für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften aus, daß die Änderungswünsche des Rechtsausschusses in die Vorlage hineingearbeitet worden seien, weshalb die Regierung auf Annahme des Gesetzes hoffe.

Die Abgg. Neu (Soz.) und Mähig (Kom.) lehnten den Gesetzentwurf ab, während die Abgg. D. Hickmann (DVP) und Dr. Kasner (Staatsp.) sich dafür aussprachen. — Die Vorlage wurde an den Rechtsausschuss überwiesen.

Auf mehrere deutschnationalistische, deutschnationale und sozialdemokratische Anträge, die sich auf Schulfragen bezogen, erklärte Ministerpräsident Schick, daß die Staatsregierung sofort eine Wiederherabsetzung des Schulgeldes vornehmen werde, sobald die Finanzverhältnisse dies gestatteten. Angesichts der erhöhten Schulgeldsätze sei es dringend erforderlich, daß die für freistellen, Schulgeldberufe usw. zur Verfügung stehenden Mittel der Begabtenförderung dienstbar gemacht werden. Eine Entlastung der Lehrer von der Pflichtstundenzahl sei jetzt leider nicht möglich. Nach dem Inkrafttreten der Sparverordnung habe sich im Winterhalbjahr 1931/32 gegenüber dem Sommerhalbjahr 1931 an den staatlichen höheren Schulen der Gesamtstundenbedarf um rund 1200 Stunden vermindert, wozu seit Ostern 1932 weitere 997 Stunden gekommen seien. Die Gehaltskürzungen vom November 1931 bis März 1932 hätten eine Ausgabenminderung von 450 000 RM ergeben. Die Volksschule habe in den letzten Jahren ständig steigende Schülerzahlen gehabt und habe auch noch im Schuljahr 1933/34 eine Zunahme um 20 000 Schüler zu erwarten. Erst von Ostern 1934 ab sei bis zum Jahr 1938/39 mit einer jährlichen Abnahme von 20 bis 25 000 Schülern zu rechnen. Die Lage der Volksschullehrerschaft könne als gesichert angesehen werden.

Die Schülerzahlen der höheren Schulen seien seit 1927 ständig gefallen. Die höhere Schule befinde sich in einem Rückbildungsstadium, dessen Ende überhaupt nicht abzusehen sei. Zu Ostern 1933 sei für die staatlichen und städtischen höheren Schulen ein Unterrichtsstundenverlust von 1520 bzw. 2780 Stunden zu erwarten. Die rückläufige Entwicklung, soweit sie sich für die nächsten Jahre überleben lasse,

müsse als Katastrophe bezeichnet werden. Diese Rückbildung sei zweifellos zugleich eine Gefährdung, aber für die Lage der höheren Lehrerschaft verhängnisvoll. Es lasse sich aus der Entwicklung keine andere Folge ziehen, als daß der Bestand auch der ständigen Lehrkräfte dauernd weiter vermindert werden müsse. Man werde dabei auf die persönlichen und die Familienverhältnisse des einzelnen Lehrers Rücksicht nehmen.

Angesichts der trostlosen Anstellungsverhältnisse der Junglehrer zu Ostern 1933 werde das Ministerium den höheren Schulen wenigstens vorübergehend gewisse zusätzliche Stunden gewähren. Das Ministerium habe ferner an die über 60 Jahre alten Lehrer der staatlichen Schulen die Anfrage gerichtet, ob sie im Interesse der Junglehrer bereit seien, unter den Vergünstigungen der Sparverordnung in den dauernden Ruhestand zu treten. Zur Zeit warteten nahezu 700 Professoren auf Anstellung; ihre Zahl werde bis 1935 auf 1500 steigen. Keinem Abiturienten könne heute eine auch noch so geringe Hoffnung auf einstige Anstellung in den höheren Schuldienst gemacht werden. Der Grundfehler im Aufbau des höheren Schulwesens bestehe darin, daß ein viel zu großer Bestand an neunjährigen Volksschulen vorhanden sei.

Ein volksparteilicher Antrag fand nur so weit Annahme, als er eine die wirtschaftliche Lage der Eltern berücksichtigende Neuregelung des Schulgeldes verlangte. Ein sozialdemokratischer Änderungsantrag wurde angenommen, nach dem die in Sachsen über die Normalzahl hinausgehenden Wochenpflichtstunden an allen Schulen und ebenso die übrigen Sparmaßnahmen an allen Schulen ab Ostern 1933 befristet werden sollen.

Ministerialdirektor Woelker erklärte für die Staatsregierung, daß die hygienischen Verhältnisse in den Schulen nicht so ungünstig seien, wie die kommunistischen Anträge erscheinen ließen. Hinsichtlich der Beheizung der Schulen siehe zu hoffen, daß sich nun die Schulschließung wegen Brennstoffmangels vermeiden lassen werde.

Auf sozialdemokratische Anträge erwiderte Ministerialdirektor Dr. Klein, daß bei der letzten Ueberfüllung der Hochschulen reichlich erwogen werden müsse, ob man einer neuen Schulgattung den Weg zum Hochschulstudium eröffnen solle.

Ein sozialdemokratischer Antrag, nachdem die Elternratswahlen in ganz Sachsen an einem Sonntag kurz nach Ostern stattzufinden haben, und daß die Ergebnisse amtlich festgestellt werden sollen, fand Annahme.

Nächste Sitzung am Donnerstag, 9. Februar: Aussprache über die Regierungsvorlage betreffend Staatsbürgerschaft für Industriebetriebe.

Hugenbergs-Zinspläne

Eine „hochoffizielle“ Erklärung.

In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des „Berl. Lok.-Anz.“ mit Dr. Hugenberg hatte, erklärte dieser u. a.: „Sie legen mir eine Reihe von Fragen vor, die sich auf angebliche wirtschaftspolitische Pläne der neuen Regierung beziehen. Von verschiedenen Seiten sind in der Presse darüber sehr widerspruchsvolle Behauptungen aufgestellt. Von mir stammen diese Nachrichten nicht. Wohin im allgemeinen meine wirtschaftspolit. Auffassungen gehen, brauche ich nicht darzulegen, da ich ja in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt bin. Wie und wo im einzelnen die vielen brennenden Fragen anzufassen sind, möchte ich mit derjenigen Ruhe entscheiden, die man auch in unruhigen Zeiten nicht verlieren soll.“

Zu überreifen Experimenten ist die Zeit ohnehinwenig angeht wie zur Passivität.

Ich bitte, freundlichst davon auszugehen, daß alles falsch ist, was in diesen Tagen über wirtschaftspolitische Absichten geschrieben wird, wenn es nicht von mir kommt. Insbesondere bin ich mir darüber klar, daß es eine Börse gibt, und daß es nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministers sein kann, zu spekulativen Entwicklungen Anlaß zu geben. Mir scheint, daß diejenigen schlecht beraten sind, die jetzt auf unseren Rentenmarkt drücken.

Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen, wie sie die Dezember-Verordnung des Kabinetts Brünning enthielt, entsprechen meinen wirtschaftspolitischen Auffassungen ebensowenig, wie sonstiges Herumtipuschen des Staates an Dingen, die sich organisch aus sich selbst entwickeln können. Damit vertritt ich natürlich nicht die Theorie vom Staat als Nachtwächter. Daß Staat und Wirtschaft an einer organischen Senkung des übermäßig hohen Zinsfußes gleichmäßig interessiert sind, bedarf keines Wortes.

Auch für den Gläubiger ist die so oft bedrohte Sicherheit des Sparkapitals wichtiger als die Höhe des durch die organische Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Zinssfußes.

Darum gibt es in Wahrheit keinen Gegensatz zwischen Schuldner und Gläubiger. Ihr gemeinsames Interesse besteht in der Wiederherstellung der Sicherheit, d. h. des Vertrauens.“

Auch diese Erklärungen sind noch keineswegs so klar und eindeutig, daß sie geeignet wären, die beständige wachsende Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Zinspolitik aufzuheben. Die ganz unbestimmten Formulierungen dieser angeblich „hochoffiziösen Erklärung“ bringen also keineswegs die so dringend notwendige Klarheit über die Absichten des neuen Kabinetts in der Zinsfrage. Die Art der Durchführung einer organischen Senkung des Zinsniveaus wird mit keinem Worte gestreift.

Metall-Börse

Notierungen der Vereinigungen für die deutsche Elektrolytkupferindustrie

100 kg in Goldmark	7,2	6,2
Elektr. Kupfer (wirden) prompt lit.		
Hamburg, Bremen, Rotterdam	47,86	46,96

Notierungen der Berliner Metall-Börse

Originalhöfentennium 99,99 Proc. in	180,00	180,00
Original gekochtes Bismut	184,00	184,00
in. in Walf. und Drabbarren	180,00	180,00
Reinmetall 99,99 Proc.	37,00—38,00	37,00—38,00
Antimon-Bismut	38,75—39,25	38,75—39,25
Felmsilber	38,75—39,25	38,75—39,25

Leipziger Börse vom 7. Februar. Bei schwachem Geschäft kamen höhere Kurse nur gesprochen zustande. 16 Prozent schwächer notierten nach längerer Zeit Färberei Glauchau. Kittenburger Landkraft büßten 1,75, Riebeck Vorzüge 1,5 Prozent ein. Reichsbank gewannen 7, Sachjenboden 4, Deutsche Grammophon 2, Glauchiger Jüder 2,76, Leipziger Spinn- und Färb. Was je 1,5 Prozent. Albesthanische konnten um 4,125, Neubesth um 0,45, Dresdner Stadtanleihen um 6, Leipziger Stadtanleihen um 1,75 und Pfandbriefe um 1,25 Prozent ansteigen.

Leipziger Produktenbörse vom 7. Februar. Weizen inf. 72 bis 73 kg 177—181; Weizen inf. 75 kg Durchschnittsqualität 185 bis 189; Weizen inf. 77—78 kg 190—193; Roggen hiel. 68—69 kg 145—151; Roggen hiel. 70 kg Durchschnittsqualität 153—155; Roggen hiel. 71—72 kg 155—157; Sommergerste (Braunware) 178—190; Futter- und Industrieergerste 170—180; Wintergerste 150—163; Hafer 122—128; Mais La Plata 197—202; Mais Donau 192—197; Mais cinquantin 210—215; Erbsen inf. Vitt. 180—200. — Richtamtliche Notierungen: Weizenmehl 9—9,50; Roggenmehl 8,50—9,25; Weizenmehl 65 Prozent Ausm. 23—23,25; Roggenmehl 70 Prozent Ausm. 23—23,50.

Aus der Zentrumsparlei

Bezirksversammlung Dresden.

Die Ortsgruppen und Vertrauensleute der Zentrumsparlei in der Kreishauptmannschaft Dresden, halten am Sonntag, 12. Februar, 11 Uhr vormittags im Bahnhof Dresden-Neustadt eine Bezirksversammlung ab. Von jeder Ortsgruppe und von jeder Dresdner Bezirksamtsgruppe muß mindestens je ein Vertreter anwesend sein.

Kreispartei-Verband Südbaußh.

Der Kreisparteitag, wird für Sonntag, den 12. Februar einberufen nach der „Klosterschenke“ Marienthal. Beginn 1/3 Uhr. Wegen der Wichtigkeit der Tagung wird starke Beteiligung aus allen Ortsgruppen erwartet.

Dresden: Mittwoch, 8. Februar, 20 Uhr, Aussprache-Abend für Jungwähler. Thema: „Autarkie und Weltwirtschaft.“ Leitung: Dr. Deschh.

Seltenhof. Donnerstag, 9. Februar, 8 Uhr abends. Generalversammlung der Zentrums-Ortsgruppe. Referent: Pfarrer Grohmann, Geistlicher Rat.

Döbeln: Donnerstag, 9. Februar, 20 Uhr, Zentrumsversammlung. Redner: Pfarrer Kirsch.

Reichenau i. Sa. Freitag, den 10. Februar 1933, abends 8 Uhr im Gasthof „Stadt Zittau“ (Vereinszimmer) Mitglieder-Versammlung.

Dippoldswalde. Freitag, 10. Februar, Hotel zum Stern, Wahlversammlung des Zentrums. — Redner: F. Jensch, Dresden.

Ortsgruppe Delsitz i. Erzg. Montag, den 13. Februar, abends 7 Uhr im Vereinszimmer der Kirche Versammlung. Der Wichtigkeit wegen wird erwartet, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen. Parteifreunde und Gäste immer willkommen. Die Ortsgruppe Lugau wird hiermit eingeladen.

Schwarzenberg. Montag, den 13. Februar, 20 Uhr, Wahlversammlung im Vereinszimmer. Redner: Pfarrer L. Kirsch (Reichenbach).

Dresden-Johannstadt. Mittwoch, 15. Februar im Kleinen Saal von Hammers Hotel, Augustburger Straße, 20 Uhr: Wahlversammlung. — Redner: Generalsekr. Grobel, Berlin.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Montag, abends 1/10 Uhr unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Frau

Anna Klaus
geb. Schwarzbach

nach kurzem Leiden, gestärkt durch die Tröstungen der hl. Kirche, zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.

Um frommes Gedenken beim hl. Opfer und Gebet bittet

im Namen aller Hinterbliebenen
Felix Klaus, Schulleiter.

Seltenhof, Bauhen u. Chemnitz,
den 7. Februar 1933.
Beerdigung: Freitag, 9 Uhr.

Pensionat der Ursulinen
Liebenthal, Kreis Löwenberg, Schles.

Staatlich anerkannt:
1. Lyzeum, verbunden mit
2. einjähriger Frauenschule
3. Haushaltungsschule

Ferner
private Abschlußklasse mit Bürofachern
Gute, gesunde Lage in fabriktreier, waldreicher Gegend.

Private Abschlußklasse mit Fremdsprachen und Bürofachern für junge Mädchen, die das Lyzeum nicht bis zur Erlangung der Reife oder nur die Volksschule besucht haben.

Die
SÄCHSISCHE
STAATSBANK



empfehle sich zur
Ausführung aller Bankgeschäfte
gemäß § 1808 B. O. B. geeignet zur
Annahme von mündelsicheren
Spareinlagen

Kathol. Herrschaften
wendet euch an die
kathol. Stellenvermittlung
im Bistum Meissen

Zu melden in
Dresden, Sidonienheim, Portikusstr. 12, II.
Bautzen, Marienschwestern, kath. Pfarramt
Kirchplatz 2.
Chemnitz, kath. Pfarramt, Roßmarkt 9.

Ehe Katholische
anbahnung, erfolgreich
seit 12 Jahren
Einheiraten
Mit kirchlicher Gutheißung
Neuland-Bund 9
Leipzig C. I. Schließl. 241

Ballblumen
nur von
HESSE
Dresden, Scheffelstr. 12, I—IV
weil aller größte Auswahl

Bereitet die
Sämtliche Volkszeitung!

**Bestecke und
Tafelgeräte**
Grundig
früher Röhrichtgasse, jetzt
Hauptstr. 25

Regionäre Mussolinis

Von unserem römischen Mitarbeiter:

Einer der zahllosen Marktplätze Roms. Im Gekümmel der Händler und Käufer tritt plötzlich ein Kontraktbeamter mit ein paar Milizsoldaten in ihrer charakteristischen Faschistenuniform auf. Sorgsam wird jeder Verkaufsstand beobachtet: ob die Preisschilder richtig angebracht sind, ob Bild und Verkaufsberechtigung des Händlers, die offen ausliegen müssen, stimmen, ob Feigen und andere klebrige Früchte unter Gazebeutel liegen, ob jeder Fisch- und Fleischhändler einen weißen Kittel trägt. Da gibt es eine erregte Debatte, aber ein Seitenblick auf die Milizbeamten läßt den erst noch wild gestikulierenden Händler erbleichen und verstummen. Eine Berechnung der Gewinnspanne zwischen Ein- und Verkaufspreis ergibt, daß er den Preis für ein paar Geflügelstücke zu hoch angesetzt hat, und nun heißt es „Kontraentlone“ zahlen. Sie beträgt ein Vielfaches der ganzen Tageseinnahme. . .

Wenige Tage vorher haben wir auf der einsamen Fahrt durch das nun unter Kultur genommene Sumpfgelände eine Autopanne gehabt. Schon von fernher sehen wir ein Auto in rasender Fahrt durch die Ebene herankommen. Da stoppt es kurz ab, Milizsoldaten springen heraus, ein römischer Gruß, eine kurze Erkundigung, und dann helfen sie uns nach Leibeskraften, bis wir wieder flott zur Weiterfahrt sind. Wieder ein strammer, aber zugleich freundlich-lächelnder Gruß — weg sind sie! Straßenmiliz, in diesem Lande ein wahrer Segen. —

Und Grenz- und Eisenbahnmiliz sind allen deutschen Romfahrern schon begegnet. Wie hat sich das Bild in den italienischen Eisenbahnzügen namentlich in der 3. Klasse, seit dem letzten Heiligen Jahr 1925 verändert! Wieviel besser steht es heute um Sauberkeit und Ordnung, wie lernt man es immer besser, das Verbot des Auspeichens in den Abteilen und das Rauchen in den Nicht-raucherabteilen zu beachten. Der ständig auf- und abpatrouillierende Milizbeamte hat da mächtig erziehend gewirkt.

Aber das alles sind ja nur Spezialmilizen. Kürzlich feierte die faschistische Miliz den zehnten Jahrestag ihrer Gründung mit Aufmärschen in allen größeren Orten und vor allem mit einer imposanten Parade in Rom vor Mussolini. Wie wurden diese Schwarzgehenden einst bestaunt, nicht selten auch verehrt und gefürchtet, als sie sich zuerst als Schutztruppe der erfolgreichen faschistischen Erhebung in den Straßen Roms zeigten. Am kühlfsten verhielten sich ihnen gegenüber viele Offiziere des alten Heeres, mit denen es in den ersten Jahren nicht selten Konflikte wegen der Gruppierpflicht gab.

Heute sind sie zugleich Organ des Staates, aber — wohlgeachtet — freiwilliges! Der Generalstabchef der Miliz Teruzzi betonte in einem Vortrag aus Anlaß des Jubiläums ausdrücklich: „Niemand tritt ihr aus Zwang bei, alle aus freier Wahl!“ Die militärische Jugendvorbereitung, beginnend mit den Knaben (Balilla), schon systematischer bei den Jungmannschaften (Avanguardisten) und abschließend in den Jugendkampfbereitschaften hat ja den unsehbaren Gewinn, daß den jungen Leuten die militärische Disziplin und die Kameradschaft — in der es übrigens in Italien wirklich kameradschaftlich hergeht — keinen Schrecken mehr einflößen wie ehemals, da sie aus ihrer in Italien so besonders familiären und sippenhaften Häuslichkeit zum erstenmal mit dem Militär in Berührung kamen.

Seitdem in dieser ganzen Ausbildung von der Balilla bis zur Miliz die feilsorgliche Betreuung im Einzelnen mit den Bischöfen sichergestellt ist, hat auch der Vatikan seinen anfänglichen Einspruch dagegen aufgegeben. Wenn demnächst am Fronleichnamsfeste der Heilige Vater zum ersten Male in längerer Prozession die Straßen Roms durchzieht, werden auch in größerem

Maße Milizformationen zur Spalierbildung herangezogen, wie man sie schon oft zum Schutz kirchlicher Veranstaltungen, auch vor dem Petersdom, aufmarschieren ließ.

Der Dienst in der Miliz wird ganz oder teilweise auf die Wehrpflicht angerechnet. Allein an Miliz sind jederzeit etwa 500 000 Mann mobilisierbar. Dabei handelt es sich in weitem Ausmaße auch um die Erfassung von nicht oder nicht mehr dienstpflichtigen Personen, da hier selbst sogenannte Dienstuntaugliche zur Verteidigung der engeren Heimat z. B. gegen Luftangriffe, ausgebildet werden!

Die mehr berufsmäßige Spezialmiliz hat sich im Laufe der zehn Jahre in vielfacher Weise bewährt. Im

vergangenen Jahre erstattete die Bahnmiliz über 41 000 Anzeigen, und sie führte über 8000 Polizeioperationen durch. Während der italienische Staat 1922—23 für Schäden und Diebstähle an Bahnfrachtgütern die horrenden Summe von 62 Millionen Lire zahlen mußte, belief diese sich im verfloßenen Jahre nur auf 711 000 Lire. Ueberdies brachten die Polizeimaßnahmen der Miliz der Bahnverwaltung über 711 000 Lire ein, so daß der riesige Fehlbetrag aus Unregelmäßigkeiten von einst, heute tatsächlich verschwunden ist. Gleichzeitig erbrachte die Post- und Telegraphenmiliz zwei Millionen Lire an Einnahmen, und die Forstmiliz forstete im gleichen letzten Jahre 47 000 Hektar Wald auf, in Italien ein besonders verdienstvolles Werk.

Aber nochmals sei betont: es handelt sich hier nicht um Wehr- und Arbeitsdienstplicht, sondern um freiwillige Leistungen, wodurch die Freude an ihnen unzweifelhaft erhöht wird.

Eine Unverschämtheit

Schamlose Angriffe des „Kampfblattes“ der Vitus-Seller-Partei gegen den Bischof von Trier

Im allgemeinen verlohnt es sich nicht, ein Blatt von der Bedeutungslosigkeit des „Neuen Volkes“ zu beachten. Leider aber müssen wir einmal eine Ausnahme machen; denn dieses „Kampfblatt“ der Vitus-Seller-Partei hatte die Dreistigkeit, in seiner Nr. 2 vom 14. Januar den Bischof von Trier und zugleich den gesamten deutschen Episkopat in einer Weise anzugreifen, die niedriger gehängt werden muß. Unter der (etwas dunklen) Ueberschrift „Bischofsworte und Lebensgesetze“ erzählt das „Neue Volk“, der Bischof habe in seiner Neujahrspredigt gesagt: Dunkle Wolken schweben über Europa, die viele nicht erkennen wollen. Sie kämen von den furchtbaren Wunden einer kranken Menschheit. Die erste sei der Massenabfall vom Glauben; die zweite der Gotteshaß, die proletarischen und anderen Freiheitsverbände, die Gott ausrotten wollten aus dem Leben. Die dritte und gefährlichste Wunde sei die gottlose Kinderbewegung des Sozialismus und Kommunismus.

Diese — doch wohl unbestreitbar richtigen — Bischofsworte glossiert das „Neue Volk“ in einem Artikel, aus dem wir nur folgende Kostproben wiedergeben wollen: „Wenn in dem totalen Endkampf, der in der europäischen Menschheit um die letzten Auseinandersetzungen begonnen hat, Führer der Kirche, Bischöfe, derart reden und derart blind sind gegen die Tatsachen des Lebens, das heute um seinen letzten und tiefsten Sinn revoliert, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß der „Sieg“ „Moskaus“ über „Rom“ ein leichter sein wird — wenn Rom nicht andere Geister ruft und andere Lichtgestalten in das Dunkel dieser Menschheit stellt. Warum denn, ihr Bischöfe, kein Wort gegen den Allverrichter Kapitalismus? . . . Daß es gar keinen „Gottlosen“ gäbe, wenn die Christen, die Gläubigen, vor allem aber zu allererst die kirchlichen, verantwortlichen Führer ihre heiligste Pflicht täten gegenüber dem armen Volke, wenn sie Anwälte der Armen, Betrogenen, Unterdrückten, Ausgebeuteten wären, wie es Christus selbst war, und nicht die besten Anwälte der Ausbeuter und Unterdrücker und aller Mächte dieses ganzen kapitalistischen Systems! Für solche „Führer“ des Volkes wird es eine Stunde ganz trostlosen Erwachens einmal geben. . . Auch ihr Kirchenfürsten tretet einmal vor den Richterstuhl des Ewigen!“

Diese Proben mögen genügen. Sie zeigen Vitus

Seller in hellster Scheinwerferbeleuchtung. Er liebt es bekanntlich, prophetische Töne von sich zu geben. Das wirkt ja immer bei manchen Lesern. Es gibt ein gewisses Relief. Nur vergißt Vitus Seller, daß bloße Arroganz, auch wenn sie in reichlichem Maße vorhanden ist, einen Menschen noch nicht zum Propheten qualifiziert, und es wird ihm wohl ergehen wie schon manchem in der Geschichte, der Prophet sein wollte und schließlich doch nur als ein Scharlatan da stand. Eine Arroganz ohne Gleiches ist es schon, daß er sich anmaßt, unsere Oberhirten über den Gegenstand ihrer Predigten zu belehren. Er scheint der Ansicht zu sein, daß sie ihre bischöfliche Amtspflicht verlegen, wenn sie nicht in jeder Predigt gegen den Kapitalismus wettern. Als ob ein Bischof nicht auch andere Dinge zu sagen hätte, wenn er von der Kanzel seiner Kathedrale aus zu seinen Diözesanen spricht! Wenn es dem „Neuen Volk“ nicht gefällt, daß der Oberhirte der Trierer Diözese ein sehr ernstes Wort gesagt hat gegen die ungeheure Gefahr der „gottlosen Kinderbewegung der Sozialisten und Kommunisten“ — nicht gegen ihre Parteien, denn der Bischof treibt grundsätzlich auf der Kanzel keine Parteipolitik, sondern verkündet das Wort Gottes — so nehmen wir das von einem Blatte, das ja doch irgendwie „christlich“ sein will, mit Interesse zur Kenntnis. Es bestätigt nur unser Urteil über die Partei des Herrn Vitus Seller.

Was nun die geradezu fesselhafte Behauptung angeht, die Bischöfe seien „die besten Anwälte der Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes“, so haben die deutschen Bischöfe es ja wirklich nicht nötig, gegen die Verdächtigung kapitalistischer Gesinnung in Schutz genommen zu werden. Insbesondere hat der Trierer Bischof schon so oft und unzweideutig seine Stellung gegenüber dem unchristlichen Kapitalismus gekennzeichnet, das er hoch erhaben über den frechen Anwürfen des „Neuen Volkes“ steht. Nur deshalb weil gerade in diesem Falle ein Schulbeispiel für die demagogische, blindwütige und aller Wahrscheinlichkeit spottende Kampfmethode des „Neuen Volkes“ vorliegt, wollen wir seine Ausführungen etwas näher beleuchten.

Nach der altbewährten Methode aller berer, die durch Zitate irreführen wollen, greift das Blatt aus der Predigt des Bischofs einige Sätze heraus und knüpft daran seine schamlosen Angriffe. Nun ist es aber ein besonderes Mißgeschick des Herrn Vitus Seller, daß auch noch andere Leute den bischöflichen Redner gehört haben und wissen, daß er sich in ebenderseben Predigt mit aller Schärfe gegen das kapitalistische System gewandt hat. So sagte er wörtlich: „Einst wird sich mit vernichtender Anklage alles das erheben, was so manche Große dieser Erde, so manche Lenker der Völkergeschichte in grausamer Selbstsucht und in einem die Menschheit versklavenden mammonistischen Kapitalismus an den Völkern verbrochen haben, die sie nicht zum Frieden kommen ließen.“ Merkwürdig, daß der Artikelschreiber einen solchen Satz „überhören“ konnte! Wer übrigens sich in bescheidener Selbsteinschätzung berufen fühlt, die Predigten seines Bischofs öffentlich zu kritisieren, sollte diese Predigten auch öfters anhören. Hätte der Lieferant des „Neuen Volkes“ z. B. die Predigt des Bischofs von Trier am letzten Allerheiligensfeste besucht, dann hätte er u. a. auch folgende Worte hören können: „Menschen, die sich den Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit und Gemeinwohl bewahrt haben, wissen, daß die Verteilung der Güter auf der Erde in der heutigen Form nicht mehr gerecht ist und mit christlicher Auffassung nichts mehr zu tun hat. Sie empfinden es schmerzlich, daß das Zusammenfluten des Geldbestandes in den wenigen Händen der Großbanken, der Konzerne, der Trusts, der Riesenaktiengesellschaften nicht nur der Gemeinwohl-Gerechtigkeit widerspricht, sondern auch für die Menschennatur unwürdig ist. Freilich behält das wegweisende Wort des Papstes Leo XIII. für die moderne Arbeitsmethode immer seinen Wert: „Es kann kein Kapital bestehen ohne Arbeit, aber auch keine Arbeit ohne Kapital.“ Darum kann uns ein einseitiger und blinder Kampf gegen das arbeitsschaffende Kapital nur noch tiefer in Not und Arbeits-

Ein großer Staatsmann gestorben

Die Stadt des Völkerbundes in Trauer um Apponyi

H. H. Genf, 7. Februar.

Der große ungarische Staatsmann Graf Albert Apponyi ist heute um 10 Uhr in Genf sanft entschlafen.

Schon seit Tagen erwarteten seine Angehörigen, die herbelgeecit waren, in banger Furcht das Ende dieses Mannes, der unermüdet, obwohl er im 87. Lebensjahr stand, zur zweiten Hälfte der Abrüstungskonferenz nach Genf gekommen war und hier sein Land nochmals zu vertreten hoffte. Er mußte sich jedoch, von einer tödlichen Grippe befallen, gleich am ersten Tage seines Hierseins vor einer Wode krank zu Bett legen, und ist von diesem Krankenlager nicht wieder aufgestanden.

Selten hat ein Todesfall in Genf so erschütternd gewirkt, wie dieser. Die Delegierten der Abrüstungskonferenz, denen unmittelbar bevor sie die Kunde vom Tode des Grafen erfuhren, Präsident Henderson den Text eines Briefes in Apponyi, in dem er ihm baldige Genesung wünschte — die Delegierten der Konferenz, die bis vorher lange Reden über den französischen Plan angehört hatten, von denen eine der jetzt gestorbene Graf selbst halten sollte — sie verstummten plötzlich. Schweigend hörten sie die paar Worte, die der ungarische General Tanczos mit erstirfter Stimme sprach und begaben sich schweigend in den Korridor, als Präsident Henderson eine Verschiebung um 15 Minuten vorschlug. Einer der größten, der je hier in Genf zu ihnen gesprochen hatte, war tot — das wußte jeder.

Mit Graf Apponyi ist der große alte Mann des Revisionsgedankens dahingegangen. Apponyi war der erste in Genf, der auf dem internationalen Boden des Völkerbundes das Wort von der Anhaltbarkeit der in den Pariser Vorverträgen geschaffenen Zustände, von der Notwendigkeit der Revision und eines gerechten Friedens ausgesprochen hat. Er marschierte innerhalb der Völkerbundspolitik auf allen Wegen, die zum Fortschritt und zur Revision führten, in vorberster Linie — namentlich war er der unermüdete Gegner in der Frage der Abrüstungs- und Rinderheitenpolitik. Als werden wir seine großen Reden in den Jahren 1929/30 vergessen, nie seine erste Rede vor der Abrüstungskonferenz im Februar 1932. Wie ein Richter, wie ein verkörpertes Volksgewissen stand der 87jährige Greis vor den Diplomaten aus allen Ländern der Welt und hielt ihnen vor Augen, was der Völkerbund tun mußte, wolle er wirklich ein Friedensbund werden, und keine Worte fanden auch den Weg in die Herzen des politischen Gegners, denn niemand konnte dem ehrwürdigen Wortkämpfer der Revision nationale Begrenztheit und Einseitigkeit vorwerfen. Jeder achtete in ihm den Menschen, der nicht allein aus Liebe für sein Land, sondern auch aus Liebe für den wahren Frieden sprach.

Nun ist der große Apostel des Friedens und des freilichlichen Fortschritts in der Entwicklung der Völker gestorben. Der Völkerbund wird nie wieder einen Mann sehen, der wie er ein Staatsmann, ein Politiker und ein Weiser zugleich war.



Katholizismus und Auslandsdeutschtum

losigkeit hineinstürzen. Das ist der Grund weshalb Pius XI. sich in seinem herrlichen letzten Schreiben über die soziale Frage schließend vor das in der Natur des Menschen begründete Privateigentum stellt. Aber mit großem Ernste weist er die wirtschaftlichen Machthaber auf dessen Grenzen hin und sagt unzweideutig und klar: „Eine so ungeheure und unbillige Ungleichheit in der Verteilung der zeitlichen Güter, wie sie jetzt vielfach eingetreten ist, kann nicht den allweisen Absichten des Schöpfers entsprechen.“

Wenn man neben solche Oberhirtenworte die Bemerkungen des „Neuen Volkes“ stellt und die pathetische Frage: „Warum denn, ihr Bischöfe, sein Wort gegen den Allvernehmer Kapitalismus?“ — dann braucht man keinen besonderen Kommentar, um den ganzen Artikel als das zu erkennen, was er ist: eine einzige große Unverschämtheit. Doppelt empörend, weil diese Anwürfe die ehrwürdige Person eines Nachfolgers der Apostel zu beschmutzen suchen. Mehr ist darüber nicht zu sagen. Jedes weitere Wort wäre Verschwendung. Hoffentlich ziehen die — erfreulicherweise nicht zahlreichen — Katholiken, die sich zu der Partei des „Neuen Volkes“ verirrt haben, aber noch einiges Schamgefühl besitzen, aus solchen Erfahrungen die entsprechenden Folgerungen.

Im übrigen könnten wir, wenn wir die Prophetensprüche des Herrn Vitus Sessler nachahmen wollten, diesen mit erheblich größerer Gewißheit prophezeien, daß wie bisher, so auch in Zukunft das katholische Volk sich stets zu Tausenden um die Domkanzeln scharen wird, um gläubig und willig den Worten seiner Bischöfe zu lauschen, sooft sie das Wort Gottes verkünden — auch dann noch, wenn jener Weltverbesserer Vitus Sessler und seine ganze Partei längst begraben und vergessen sein werden.

Dresden und Umgebung

Strafverfahren gegen einen Dresdner Theaterdirektor

Dresden. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den hiesigen Theaterdirektor Verch ein Verfahren wegen Begünstigung des früheren Berliner Theaterdirektors Fritz Kotter bei dessen Flucht eingeleitet. Verch soll Kotter von Dresden aus auf seiner Flucht in die Tschekoslowakei begleitet haben. Verch bestreitet, damals davon Kenntnis gehabt zu haben, daß Kotter von der Berliner Staatsanwaltschaft verfolgt wurde.

: Zahlung von Ruhestands- und Hinterbliebenenbezügen an die städtischen Beamten, Witwen usw. Die städtischen Empfänger von Versorgungsgebühren erhalten am 1. Februar 1933 die 1. Hälfte der Februarbezüge durch die zuständigen Rassenstellen und während der üblichen Rassenzeiten (Sonnabends bis 13 Uhr) ausgezahlt.

: Zu dem Ringerstreik, der gestern Abend im Zirkus Sarrasani ausgebrochen ist, teilt uns die Direktion folgendes mit: Kurz vor dem programmmäßigen Auftreten haben die Ringer erklärt, sie verweigerten ein weiteres Kämpfen, da sie von ihrem Manager Joenneke nicht völlig befriedigt worden seien. Die Direktion des Zirkus Sarrasani betont, daß sie ihrerseits ihren Verpflichtungen nachgekommen sei, ja sogar bereits über 1400 Mark mehr an Gehältern ausgezahlt habe. Ein Vermitteln seitens der Direktion war ergebnislos. Die Ringkämpfe sind damit vorerst abgebrochen, dagegen finden in den folgenden Tagen als Ersatz Zirkusdarstellungen statt. Mit tumultartigen Szenen, wie sie sich gestern Abend ereigneten, ist nicht mehr zu rechnen.

d. Heidenau. Der seit dem 22. November v. J. vermißte Student Gerhard Wagner aus Heidenau ist dieser Tage in der Nähe von Riesa als Leiche aus der Elbe geborgen worden. Es liegt Selbstmord vor. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

3. Meisterkonzert mit Claire Dux

Eine Aufzählung technischer Fähigkeiten wäre in dem Falle dieser einzigartigen Künstlerin völlig verfehlt. Und doch kann man an der gelanglichen Kultur nicht vorübergehen. Umso mehr, als Claire Dux am gestrigen Abend unter dem Unfarn einer Indisposition stand. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß sehr viele der Zuhörer kaum oder nichts davon gespürt haben. Und dieses vollständige Verdecken einer Indisposition ist nur durch höchste Kultur möglich. Also unter Ausschaltung aller technischen Hemmnisse. Und wären es auch mikroskopisch kleine. Die Beweglichkeit und Lockerheit der gesanglichen Linie ist bei dieser Meisterin des Liedesanges staunenswert. Man könnte dieses Singen mit dem Spielenden Ablauf eines hochkünstlerischen Präzisionswerkes vergleichen. Nur, daß einem solchen Werk die Seele fehlt. Und der Gesang von Claire Dux ist ganz der Ausdruck einer schmerzhaften, von Sonne durchwärmten Seele. Man schwärmt in Wohlklang, in dem Zauber einer bestechenden Stimmpracht. Dazu ist dieser Sopran von einer bestechenden Süße. Eine leichte herbe Tönung verhindert aber den Eindruck der Süßlichkeit. Und das ist ein ganz besonders wertvoller Vorzug. Von beglückendem Reize sind die samtenen Kopftöne und das entzückende Piano, das jedoch in der stärksten Abdämpfung jederzeit noch Klang behält. Soll man von Ausdruck und Gehaltung sprechen? Selber der Intelligenz und hohen Musikalität dieser lebenswichtigen Künstlerin entquellen diese ganz von selbst unwillkürlich aus dem prachtvollen Nachschaffen der Lieder und Arien. Es war ein musikalisches Erleben, wie es zu großen Seltenheiten im Konzertsaal gehört. Claire Dux sang Lieder von Mozart, Franz Schubert, Richard Strauss (selten gelungene), Arien von Mozart, Bizet und Puccini und erlebte damit zu belinde Begeisterung und herrliche Blumenangebote, so daß es ohne Zugaben nicht abging. Ein äußerst fein musikalischer Vergleicher stand ihr in Bruno Seidler-Winkler zur Verfügung.

Staatsoper. In dem neuinstudierten „Rigoletto“ sang Maria Cebotari erstmalig die „Silba“. Was Erna Berger an innerlicher Tiefe in der ersten Aufführung fehlte, das brachte nun Maria Cebotari zum Ausdruck. Man spürte ein Mitschwingen der Worte an dem Fortschritt der Handlung, an den Erlebnissen, die sich an die „Silba“ herandrängen. Bestehend dazu weiter die leichte, mühelose Tongebung und der Wohlklang des Timbres. Ferner schlossen sich in die Aufführung

Dresden. Vor einer gutbesuchten Versammlung von Studenten, Altakademikern und anderen interessierten Katholiken sprach der Generalsekretär der Akademischen Bonifatius-Einigung Dr. Th. Legge (Waderborn) am Dienstagabend im großen Saale des Studentenhauses über Katholizismus und Auslandsdeutschtum. Er ging aus von der Feststellung, daß die Kolonisationsarbeit des deutschen Volkes so alt ist, wie das Heilige römische Reich deutscher Nation. Die mittelalterliche Kolonisation, die Ostdeutschland erfaßte, ist in enger Zusammenarbeit mit der Kirche erfolgt. Bischöfe waren es, die zur Besiedlung der menschenarmen Gebiete im Osten aufriefen, Ordensleute, vor allem Prämonstratenser und Zisterzienser waren es, die Stützpunkte der deutschen Kultur im Osten schufen. Später greift diese Kolonisation auch hinüber nach Schlesien, Polen und Ungarn. Sie wird endlich ergänzt durch die nordöstliche Siedlung der Schwertbrüder und des Deutschen Ordens, die die baltischen Länder erfassten. Das 16. Jahrhundert setzte mit seinen religiösen und kriegerischen Wirren dieser Entwicklung ein. Erst das 18. Jahrhundert zeigt das deutsche Volk wieder zu kolonisationsfähiger Arbeit fähig. Kaiserin Katharina ruft die Deutschen zur Besiedlung des Wolga-Gebietes, Maria Theresia schafft deutsche Siedlungen in Ungarn. Ein breiter Strom von Auswanderern geht hinüber nach den Vereinigten Staaten, nach Kanada und Brasilien. Dieser Auswandererstrom ist heute noch nicht zum Stillstand gekommen.

Die Gesamtzahl der Deutschen auf der Erde wird auf 94,4 Millionen geschätzt. Davon wohnen in Europa 82,2, in Deutschland 82,2 Millionen. Die Zahl der Auslandsdeutschen ist also auf reichlich 31 Millionen zu schätzen. Von der Gesamtzahl der Menschen deutscher Sprache sind 50,7 Millionen Protestanten, 41,6 Millionen Katholiken.

Fast die Hälfte der deutschen Katholiken wohnt also außerhalb der Reichsgrenzen.

Damit ist die große Aufgabe gekennzeichnet, die die kirchliche Fürsorge für diese Deutschen bedeutet. Schon früh ist auf diesem Gebiete mit Eifer gearbeitet worden. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in Bayern der Ludwig-Wissensverein gegründet, 1863 in Baden der St.-Josephs-Wissensverein. Vor 10 Jahren der Reichsverband für das katholische Auslandsdeutschtum, der alle auf diesem Gebiet arbeitenden Kräfte zusammenfaßt. — Dr. Legge gab dann einen Überblick über

die Lage der auslandsdeutschen Katholiken

Dresdner Lichtspiele

Prinzeß-Theater. Die Verbundenheit der in den Alpen lebenden Menschen mit der Natur und ihre Abhängigkeit von ihrer Gemalt und ihren Elementen, hat der bekannte Roman „An helligen Wasser“ von J. C. Hoer zum Thema, nach dessen Motiven der gleichnamige Tonfilm unter der Regie Erich Waschneckes zustandekam. Ehe die Reuezeit mit ihrer alles umwälzenden Technik sich durchsetzte, hatte das Alpenland St. Peter mitunter Wasserwolke, wenn Lawinen die primitiven, unter unsäglich Mühe aufgebauten Wasserleitung zerbrachen. Die Sitten des Loserlebens bestimmte dann einen Mann, der die Reparatur der Leitung an den „Wilden Wänden“ vorzunehmen hatte. Viele Todesopfer hatte diese Arbeit schon gefordert. Und doch ließen sich die an sich mit ihrer Religion so tief verbundenen Bewohner zum Aufrühr heben, als drei beherzte Burtschen die Wasserleitung modernisierten, so daß etwaige Reparaturen nicht mehr mit Lebensgefahr verbunden sein würden. Doch noch rechtzeitig genug schienen sie sich mit der Reuezeit aus und gannen auch dem lieblichen Töchterlein des fast auf schiefen Bahnen gekommenen Gemeindepäsidenten das schwer errungene Liebes-

in den einzelnen europäischen Ländern. Fast hoffnungslos ist die Lage in Sowjetrußland, wo 1,5 Millionen deutsche Katholiken wohnen. In Polen sind sechsmal Hunderttausend deutsche Katholiken, es fehlen vor allem deutsche Geistliche und Lehrer. Ähnlich ist es in Ungarn mit 500 000 Katholiken. Noch weniger erfreulich sind die Verhältnisse in Jugoslawien mit 550 000 deutschen Katholiken. In der Hauptstadt Belgrad z. B. hatten die 9000 deutschen Katholiken bis vor zwei Jahren weder Predigt noch Religionsunterricht in der Muttersprache. Etwas günstiger liegen die Dinge in Rumänien, wo wenigstens einige Privatschulen für deutsche Katholiken gestattet sind. Die Balkenländer und Skandinavien sind für den Katholizismus Gebiete äußerster Diaspora.

Rühmend hob Dr. Legge wiederholt die Kulturarbeit hervor, die der Gustav-Adolf-Verein für die protestantischen Auslandsdeutschen, vor allen Dingen in den südlichen Ländern, leistet. Diese Arbeit kann für uns Katholiken ein Vorbild sein. Die Notwendigkeit der seelsorgerischen Fürsorge für das katholische Auslandsdeutschtum ist heute allgemein anerkannt. Das

Bonifatiuswerk für das katholische Auslandsdeutschtum

das 1932 geschaffen worden ist, will die Kräfte, die außerhalb der Reichsgrenzen für das Bonifatiuswerk arbeiten, zusammenfassen und der Fürsorge für die Pastoralisation für die katholischen Auslandsdeutschen dienstbar machen. Diese seelsorgerische Arbeit ist gleichzeitig nationale Kulturarbeit. Ergänzen sich doch Kulturgemeinschaft und volkliche Gemeinschaft in lebendiger Weise. Kirchliche Sitten und Lebensgewohnheiten sind Träger des Volkstums bei allen Nationen. Seit den ältesten Zeiten hat die Kirche darauf gehalten, daß bei der Verkündigung des Wortes Gottes an die Gläubigen, also vor allem in Predigt und Religionsunterricht die Muttersprache angewendet wurde. Aussprüche und Mahnworte der Päpste aus alter und neuer Zeit haben das bestätigt. So dienen wir mit der Arbeit für die Seelsorge der katholischen Auslandsdeutschen zugleich der Erhaltung der nationalen Eigenart dieser Deutschen und dem lebendigen Wirken der deutschen Kultur in der Welt.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Studentenseelsorger Dr. Baum, der den Abend auch mit kurzen Worten der Begrüßung eingeleitet hatte, dankte dem Redner für seine ausgezeichneten, heute besonders aktuellen Ausführungen. n.

glück. — Das alles läßt der Film lebendig werden. Ganz prächtig sind die Bilder von der herben Alpenwelt, in der sich alles abspielt. Auch die Menschen haben etwas von der Schroffheit der zerklüfteten Höhen an sich. Und die tiefe Frömmlichkeit ist eine Selbstverständlichkeit. Vom Ernst der Aufgabe ist auch das lebensrechte Spiel aller Darsteller getrauen, aus denen vor allem Karin Harbi, E. v. Winterstein, H. v. Schletten, Carl Balhaus, Willi Schur und Eugen Keg hervorragen. Die Milieuschilderung und Charakterisierung verschiedener Bauerntypen ist vortrefflich, während andererseits der Dialekt nicht immer einheitslich ist. Wenn auch einzelnen Szenen eine gewisse Schwerfälligkeit anhaftet, die auf Kosten des Ueberzeugenden geht, so ist das von den üblichen Spielfilmen abweichende Werk als Ganzes doch ungemain.

Dr. Bang Splintkandidat in Ostfachsen

Der neuernannte Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang, hielt vor dem Landesverband Ostfachsen der Deutschnationalen Volkspartei in Dresden einen Vortrag über die politische Lage.

Selene Jung und Horst Falke mit bestem Gelingen ein. Paul Schöffler bestrich die diesmal als „Rigoletto“ nicht reiflos.

Mitteilungen der Konzertdirektion. Morgen Donnerstag, 9. Februar, 8 Uhr, im Palmengarten spielt Janus Friedman folgende Chopin-Werke: 6 Préludes, Sonate G-moll op. 58, Polonaise-Phantasie, Nocturne op. 9 No. 2, Mazurken, Walzer G-moll, Impromptu, Walzer, 4 Etuden. — Karten bei F. Ries, Seestraße 21.

Jan Klepura singt! Dienstag, 21. März, 8 Uhr, im Gewerbehause, singt der von aller Welt vergötterte Tenor Jan Klepura im 4. (letzten) Meisterkonzert der Konzertdirektion F. Ries. — Karten bei F. Ries, Seestraße 21.

Das Konservatorium zu Dresden veranstaltet als 38. Aufführung der Hochschule im 77. Studienjahre am Donnerstag, den 9. Februar, abends 7.30 Uhr, im Harmoniesaal das 2. Orchester-Prüfungskonzert mit folgendem Programm: Klavierkonzert, G-moll, von Saint Saens 2. und 3. Satz; Violinkonzert E-moll, von Mendelssohn, 2. und 3. Satz; Aus „Il Re pastore“, „Dein bin ich ja“, von Mozart, für Sopran mit obligater Violine; Klavierkonzert, A-moll, von Grieg; Duett aus „Rigoletto“, „Töchter! Rein Vater“, von Verdi, für Sopran und Bariton; Violoncellokonzert, A-moll, von Bolkmann; Gnaden-Arie „Robert! mein Geliebter“, aus „Robert der Teufel“, von Meyerbeer, für Sopran; Ungarische Phantasie, G-moll, für Klavier, von Liszt. Künstlerische Leitung: Professor Paul Büttner. Eintrittskarten im Konservatorium, Landhausstraße 11, II, und an der Abendkasse.

Das Sinfonieorchester „Pro Arte“ der Notia hat für sein 2. Konzert am 16. März, Gewerbehause, zur Aufführung angenommen: Otto Fallstein: Die versunkene Stadt, eine finnische Dichtung, Opus 20 (Erstaufführung) und von Dekar Selzer, dem Praktischen an der Staatsoper und Mitglied des Streicher-Quartetts: Konzert in E für Violine und Orchester, Opus 16 (Uraufführung). Solist: Konzertmeister E. Dünschede (Staatsoper Dresden). — Ferner führt das Orchester als Dank für die Uebernahme der Schutzherrschaft die Sinfonie G-moll für großes Orchester, Opus 44, von Kurt Striegler, auf. Das Konzert findet zu Gunsten der Wohlfahrtsunterstützungskasse der Stadt Dresden statt. Kartenbestellungen bei Ries, Königlich, Bock, Zaubertüte, Frey.

Leipzig. Bruchner-Abend — als 6. Leipziger Sinfoniekonzert. Die 7. Sinfonie (in C-dur). Für den plötzlich erkrankten SPD. Carl Schürdt trat SPD. Lober aus Gera ein. Ihm gelang das Schwere, den Gesamteindruck dieser wohl eingänglichen, in Wohlklang edelster Art und Gedankentfülle getauchten Klangpoesie nachhaltigen Eindruck zu sichern.

Diese Symphonie ist es, die der damals 29jährige Theaterkapellmeister Arthur Nikisch in Leipzig mit durchschlagendem Erfolg ausgeführt hat. Im Jahre 1884. Das ergreifende Adagio ist gedacht als Abschiedsgruß Bruchners an seinen verstorbenen großen Zeitgenossen Richard Wagner. Vollendet am 21. April 1883 — am 18. Februar verschied der Bayreuther Meister. Man dürfe in der gekamten Musikliteratur neben dem Trauermarsch in Beethovens „Eroica“ (3. Symphonie) wohl kaum eine ergreifendere, innigere Totenklage finden. Bruchner wählte dieser denkwürdigen Aufführung seiner „Siebenten“ in Leipzig bei (am 30. Dezember 1884). Die Freude, das Glück des in Wien so bitter gekämpft und in gemeiner Weise angegriffenen Bruchner greift bis ans Herz. (Man lese die Briefe Bruchners aus dieser Zeit.) Uns schien das Trio im Scherzo etwas sehr langsam genommen. Auch verträgt gerade Bruchner scharfere Hervorhebung der Akzente. Bruchner ist derjenige Symphoniker, der wohl am eingehendsten den Vortrag im einzelnen bezeichnen hat — bis dahin, wann das angeschlagene Weiden auszuwählen hat. Ein Fingerzeig, wie sorgfältig er gespielt sein will. — Die vorausgehende Ouvertüre Bruchners (G-moll), ein Frühwerk, wäre besser weggelassen. An ihre Stelle hätte die Ouvertüre aus „Tannhäuser“ (Richard Wagner war doch Bruchners Musiker-Ideal) besser gewählt. — Die gut besetzte Alberthalle bezogte einen Beifall, der dem verdienten Dirigenten Lober bewies, daß seine zahlreichen Leipziger Freunde den tüchtigen Meister am Pult zu schätzen wissen und ihm treu geblieben sind. S. 2.

Gespiel Tillä Durieux mit Ensemble in: „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält“. Von S. Wangham. — Das Stück mit seinen etwas drüchigen und faden-scheinigen Tendenzen und Ansichten über die eheliche Treue, ist an dieser Stelle bereits früher erwähnt und hinreichend gewürdigt worden. Heute nahm sich desselben keine geringere als Tillä Durieux (als Constance) an, die mit ihrem Ensemble im Alten Theater gastierte. Sie ist die gegebene Vertreterin ihres Faches, eine Konversationskünstlerin ersten Ranges. Die vornehme Zurückhaltung und Ruhe der klugen geistvollen Frau geben der Aufführung eine bedeutungsvolle Note. Im Unterton vibriert die innere Spannung, die Beherrschung, und bringt den feiner abgemessenen Dialog, vor allem zwischen ihr und ihrem früheren Bewerber Bernhard Kerfol (Jugo Werner-Rohle) zu frapperter Wirkung. Nicht diesem (und Mutter und Schwester Marietta Oly und Annemarie Steinleck) lobend zu erwähnen, während der Gatte John Ribbleton (Kurt Ehrle) nicht immer glaubhaft anmutet. — Das Ensemble ist vorzüglich auf den von Tillä Durieux meisterhaft gestimmten Ton eingespült. John Bottom's Regie stützte den Erfolg, der besten Besuch verdient hätte. Clemens Johner.

Notizen

Die Parteien sollen verzichten.

Im „Völkischen Beobachter“ vom 3. Februar gibt Rosenberg den Parteien folgenden Rat:

„Die Fronten sind klarer als je. Der Aufruf des Reichshandlers hat sie eindeutig umrissen, und es ist keinem mehr gestattet, noch irgendwelche Zwischenlösungen als tragbar hinzustellen. Das gilt nicht nur für Zentrum und Marxismus, sondern auch für all jene noch bestehenden bürgerlichen Mittelgruppen, sei es Deutsche Volkspartei, seien es die Christlich-Sozialen oder das Landvolk. Sie alle haben die Existenzberechtigung verloren, und wenn sie nur etwas Einsicht in die politische Vernunft besitzen würden, so mühten diese Parteien samt und sonders darauf verzichten, überhaupt noch am kommenden Wahlkampf teilzunehmen.“

Es wird hier also den nicht-nationalsozialistischen Parteien zugemutet, einfach sich selber umzubringen, nur damit die Nationalsozialisten sich an der Macht halten können. Frommer Wunsch...

„Unser Ziel ist ein sozialistisches Deutschland!“

Bei einer Feier aus Anlaß der Berufung Hitlers zum Reichskanzler erklärte nach einem Bericht der „Völkischen Zeitung“ (Nr. 61 vom 5. Februar) der Führer der SA in Köslin, Schlang, u. a.:

„Nach außen hin scheint es, als wenn wir alle geschlossen in größter Verbündung mit den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, Stahlhelmern usw., stünden, als ob wir ein bißchen Herzburg miment. Wir Nationalsozialisten und kein anderer haben heute eine wichtige Position. Aber diese Regierung ist noch keine nationalsozialistische Regierung. Wir geben uns damit nicht zufrieden, das möchten wir allen in die Ohren schreien. Unser Ziel ist ein sozialistisches Deutschland. Wir haben die Volksgemeinschaft, die die andere nur im Munde führen. Das Rückgrat der nationalsozialistischen Bewegung ist der Sozialismus. Die anderen Herren sind ausgegangen in wirtschaftlichen Fragen, in Materialismus. Mit dieser Regierung, das kann ich ganz offen aussprechen, werden wir nicht lange zusammenarbeiten. Wir sind nicht für den schönen Thier Wampe Halb und Halb.“

Ob Herrn Hugenberg und den Seinen sehr wohl ist, wenn sie solche Herzensgrüße lesen?

Berechtigte Mahnung.

„Der Deutsche“ schreibt in Nr. 31: „Der Abwehrwille der Arbeitnehmer gegen die Kräfte, die sie wieder um ein halbes Jahrhundert zurückwerfen wollen, ist sehr stark. Zwar sehen noch nicht alle reflexlos klar, von welcher Seite die Reaktion kommt. Doch wird sich dieses bald erweisen. Vorerst ist wichtig der feste Wille, sich unter keinen Umständen und von keiner Seite den Weg in die bessere Zukunft der Arbeitnehmerschaft verbauen zu lassen. Dann ist unbeschadet der parteipolitischen Ansicht dringend notwendig, daß sich alle christlich-nationalen Arbeitnehmer gewerkschaftlich zusammenschließen. Mit starken Gewerkschaften kann viel Widerwärtigem getrotzt werden. Näheres braucht dazu hier nicht gesagt zu werden.“

Wir warnen aber dringend davor, die Abwehr auf entlastete, radikale Reden, Drohungen mit dem Generalstreik und dem Falten der Fäuste zu beschränken. Entnerote, unkluge Menschen mögen sich in solchen Keuherlichkeiten erschöpfen. Gegenwärtig muß mehr getan werden. Wer heute im Betrieb, auf den Arbeitsebenen und im Haus fleißig für die Gewerkschaften agitiert und neue Mitdämpfer wirbt, der tut viel mehr für die Abwehr als jene, die nur Generalstreikredens halten. Je größer die Gefahr, um so notwendiger ist die eiserne Ruhe und kühle Überlegung nach dem erfolgreichsten Weg zur Abwehr.

Nur keine Unklugheiten. Kein unbedachtes und disziplinierendes Handeln. Dem Wort der selbstgewählten Führer ist zu folgen, nicht der Straßenparole. Besinnen!

Pepsin-Wein

nach Vorschrift des Deutschen Arzneibuches aus feinem Wein, mit reinem Pepsin hergestellt, ist hochgeschätzt bei Appetitlosigkeit, Verdauungsstörungen, Magendruck und Magenkatarrh.

Fl. RM. 2.60/1.65 o. Fl. Probier. RM. 0.45.

C. Spielhagen, Dresden
Annenstraße 9 - Ruf: 18336

Eine neue Regierungsvorlage

Bürgschaft des Sächsischen Staats für Industriekredite

Die Begründung der Regierung

Die Sächsische Regierung hat jetzt dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen betr. die Übernahme der Staatsbürgschaft für Kredite, die von Banken an sächsische Firmen gewährt werden. Nach der Vorlage soll ein Landtagsbeschluß dahin herbeigeführt werden, daß der Landtag der Übernahme der Bürgschaft durch den Freistaat Sachsen für Kredite zustimmt, die von Banken an sächsische Firmen als zinsfähige Mittel für Aufträge gewährt werden.

bis zur Gesamthöhe von zehn Millionen RM.

In der Begründung der Vorlage heißt es u. a.: Wie die Regierung aus dem Wirtschaftsministerium und Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingehenden zahlreichen Kreditgesuchen ersehen hat, ist es einem großen Teil der sächsischen Industrie nicht möglich, neue Aufträge auszuführen, weil es an den notwendigen Betriebsmitteln mangelt. Der Grund hierfür ist weniger darin zu suchen, daß die noch bestehenden Unternehmungen nicht gesund und lebensfähig sind, sondern vielmehr darin, daß ihnen nur die zur Beschaffung der Mittel erforderlichen Sicherheiten fehlen, zumal der Wert der Sicherheiten in den letzten Jahren mehr und mehr gesunken ist. Das Bedürfnis nach neuen Krediten zur Auftragsfinanzierung hat sich umso härter geltend gemacht, als die bei der Produktion und beim Handel etwa vorhandenen gewissen Vorräte allmählich aufgebraucht worden sind und seit Sommer vorigen Jahres eine allgemeine Geschäftsbelebung mit erhöhter Auftragserteilung eingetreten ist.

Der Staat selbst vermag wegen seiner angespannten Finanzlage keine baren Mittel mehr für industrielle Darlehen zur Verfügung zu stellen. Angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, unter der gerade das am dichtesten besiedelte und industriereichste Land Sachsen in stärkster Maße leidet, hält die Regierung es jedoch für dringend geboten, daß alle nur irgendwie möglichen Maßnahmen getroffen werden, um diese Not dadurch zu lindern, daß dort, wo Aufträge vorliegen und Arbeit geschaffen werden kann, diese Arbeitsbeschaffung nicht aus Mangel an Mitteln verhindert wird. Eine solche Stützungsmaßnahme hält die Regierung gerade für eine Zeit angezeigt, die einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffen läßt.

Die Regierung hat daher Verhandlungen mit den Beteiligten darüber gepflogen, daß der Staat in Fällen, in denen die Banken der Industrie mangels ausreichender Sicherheiten zur Ausführung von Aufträgen seine neuen Kredite geben können, hierfür die Bürgschaft übernimmt.

wie uns auf unsere Aufgabe, in der Stunde drohender, verhängender Flut Damm zu sein. Deshalb mahnen wir: Retten behalten.“

Eine berechtigte Mahnung. Die christliche Arbeitnehmerschaft wird dieser Parole Folge leisten.

Sächsisches

Aufruf der christlichen Gewerkschaften

gegen Unbesonnenheit — für eine alle Glieder des Volkes umfassende soziale Nation.

In einer Führertagung des Landesauschusses der christlichen Gewerkschaften Sachsens wurde zur gegenwärtigen politischen Lage nachstehende Entschließung angenommen:

Die letzten Vorgänge in der Reichspolitik geben der christlich-nationalen Arbeiterschaft zur größten Beforgnis Anlaß. Die Struktur der sächsischen Wirtschaft und die soziale Gliederung der sächsischen Bevölkerung weicht wesentlich ab von anderen Gebietsteilen Deutschlands.

Ueber die Bedingungen und den Umfang der Bürgschaft ist im wesentlichen vorgelesen, daß der Kredit, der im Einzelfall verbürgt werden soll, an eine sächsische Firma seitens einer Bank nach deren allgemeinen Geschäftsbedingungen arundlänglich als zuzähliger Kredit für Zwecke der Übernahme neuer Aufträge auf die Dauer von höchstens 12 Monaten gewährt wird; er darf nicht zur Abdeckung von Bankschulden verwendet werden. Für die Ansprüche der Banken aus den gewährten Krediten verbürgt sich der Freistaat Sachsen durch eine besondere im Einzelfall nach seinem freien Ermessen abzugebende Bürgschaft in Höhe von 80 Prozent des Kapitalbetrages. Für Nebenleistungen (Zinsen usw.) gilt die Bürgschaft jedoch nur bis zum Gesamtbetrag von 5 Prozent des verbürgten Kapitalbetrages. Die Darlehensnehmer haben den Banken noch weitere Sicherheiten, die im Bankverkehr üblich sind, insbesondere Sicherheiten, zu stellen.

Die Bürgschaft ist bis zum Ablauf von zwei Jahren noch rückgängig des Kredites eine Ausfallbürgschaft und wandelt sich dann in eine selbstschuldnerische um. Hierdurch wird erreicht, daß der Staat nicht sofort in vollem Umfang in Anspruch genommen wird. Ansprüche aus der Bürgschaft müssen bis zum 30. Juni 1935 angemeldet werden.

Für alle Rechtsstreitigkeiten wegen der Erfüllung der Verbindlichkeiten aus der Bürgschaft wird ein Schiedsgericht vereinbart, das sich aus einem von der Sächsischen Regierung und einem von der Vereinigung Dresdener Banken und Bankiers zu bestellenden Vertreter sowie einem von diesen zu wählenden Obmann zusammensetzen soll.

Die Entschließung über die Anträge auf Erlangung der Bürgschaft, die der Kreditnehmer bei seiner Hauptbankverbindung einzureichen hat, erfolgt allein durch die Regierung. Nur mit der Vorbereitung dieser Entschließung und der sachkundigen Beratung der betreffenden Anträge soll eine Kommission beauftragt werden, die aus einem neutralen Bankfachverständigen, einem Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller, einem von den sächsischen Industrie- und Handelskammern zu wählenden kaufmännischen Sachverständigen sowie einem Vertreter der Staatsbank besteht. Die Kredithilfe soll nur gefunden Betrieben zugutekommen. Das Geld wird bankmäßig gegeben, also annehmbare zu 8,5 bis 8,75 Prozent.

Zur Bildung eines Bürgschaftsicherungs-Fonds hat die Bank von ihrer Provision einen Teil — zur Zeit 1 Prozent pro Jahr des verbürgten Kreditbetrages — an den Staat abzuführen. Die äußerste Höhe der Bürgschaft selbst würde sich auf 8 Millionen RM, zuzüglich 5 Prozent für Nebenleistungen, erstrecken.

Mehr als in anderen Gebietsteilen ist die sächsische Industrie als Lebensquelle des sächsischen Volkes aufs engste mit der Weltwirtschaft verbunden. Äußerungen und Taten von Männern, die auf Grund ihrer gegenwärtigen Stellung den Gang der Wirtschaft wesentlich beeinflussen, lassen befürchten, daß auf die Sonderheit der sächsischen Wirtschaft und damit auf die Lebensquelle des sächsischen Volkes nicht genügend Rücksicht genommen wird.

Die Arbeitnehmerschaft stellt in Sachsen den größeren Anteil der Gesamtbevölkerung als in anderen Wirtschaftsgebieten. In diesen Volksschichten wird ernstlich befürchtet, daß die Grundrechte der Arbeiterschaft und die Erwerbschancen der Arbeiterschaft im sozialen Volkstaat angelastet werden. Das erzeugt stärkstes Mißtrauen.

Von einer Sammlung aller aufbauenden Kräfte sind wir heute weiter entfernt als je. Wir warnen die Arbeiterschaft vor unüberlegten Handlungen, aber fordern sie auf, von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen und zu erkennen, das nur eine einzige, alle Glieder des Volkes umfassende wahrhaft soziale Nation, das stärkste Bollwerk gegen volkszerstehende Kräfte ist.

Die Töchter des alten Bracht

Von Leontine von Winterfeld-Platen

(Nachdruck verboten)

(9. Fortsetzung)

Der alte Herr von Bracht hat seine Lebensbrille abgenommen. In seinen Augen ist ein stiller Glanz.

„Ihr guten Kinder! Und solche großen Opfer wollt ihr für euren alten Vater bringen? Verdient ihr es auch durchhalten können?“

„Ich bitte Dich, Vater! Wo wir doch alles gesunde, stramme Mädel sind! Arbeiten macht Freude, sagt Eva-Maria ja immer. Und nun will ich versuchen, ob das bei mir auch so ist.“ Und Hopps liebte den schönen, großen Kopf des Hundes.

Monti steht von ihrer Handarbeit auf. „Wir könnten doch nicht immer so nichtstunend herumhängen, Vater. Wir hätten uns sonst wo anders nach einer Stelle umsehen müssen. Bestimmt, Petrus! Warum machst Du solch' enge Gesicht? Die Zeiten sind vorüber, wo die abligen Fräuleins von früh bis spät am Nähtisch saßen mit irgend einem überflüssigen Täfelchen und auf den Mann warteten.“

„Der geht oft nie gekommen ist“, warf Hopps halbblau ein mit einem nachweisen Blick auf die alte Tante.

„Und darum ist es so wunderschön“, fuhr Monti unbestimmt fort — „wenn wir zu Hause arbeiten dürfen. Für die Heimat, die wir lieb haben. Ich glaube, mir würde es am allerschwersten werden, wenn ich von Frieden fort müßte.“

Der Vater, der ihr am nächsten sitzt, streicht ihr über das Haar.

„Mein Monifind! Will's Gott, dann können wir uns mit seiner und Eurer Hilfe noch ein paar Jahre weiter durchschlagen. Ganz unerwartet ist mir auch ein glänzendes Angebot gemacht worden, meine Jagd zu verpachten. Und zwar sofort.“

„Vater!“ riefen sie alle drei wie aus einem Munde, „darauf bist du doch aber nicht eingegangen? Wo doch die Jagd hier eine deiner liebsten Beschäftigungen ist?“

„Eiher dieser bleiche Bräutigam“, sagt Hopps auf-

geregt. „Er fragte neulich an Evas Geburtstag schon danach.“

Der Vater nickt. „Ja, Herr Doktor Ingelheim ist ein leidenschaftlicher Jäger. Er will meine Jagd gern pachten und bietet mir einen sehr annehmbaren Preis dafür. Ich halte es für meine Pflicht, so wie unsere jetzigen Verhältnisse liegen, darauf einzugehen. Wir wollen morgen in der Stadt den Kontrakt beim Notar perfekt machen.“

Eva-Maria ist aufgestanden und legt den Arm um seinen Hals. „Solch ein Opfer wolltest du bringen, Väterchen? Wo doch die Jagd immer deine ganze Erholung und Freude war?“

„Wir müssen uns heute alle einschränken, Kind. Auch gerade in unseren Wünschen und Liebhäbereien. Ich habe ein schönes, langes Leben dürfen sein, nun sehe ich zu, wie andere ihre Freude daran haben. Meine Augen konnten sowieso nicht mehr recht mit, diese letzte Zeit.“

„Dann wird man unseren Wald und den See jetzt ganz und gar meiden müssen? Und kann nicht mehr gehen, wohin man will?“

Der Vater schüttelt lächelnd den Kopf. „O Hopps, das denkst du dir ja ganz verkehrt. Du kannst noch wie vor herumlaufen, wo du willst. Nur darfst du dich nicht wundern, wenn du einmal einem fremden Jägermann begegnest.“ Hopps atmet schwer und schüttelt traurig den Kopf. Es will ihr das alles so gar nicht in den kranken Sinn. Dann springt sie sich auf und setzt sich neben Tante Petrine auf das behäbige, alte Sofa.

„Nun, Petrus, und du sagst ja kein Wort dazu? Wir beide müssen uns schon gegenseitig trösten, wie?“ Und sie streichelt der alten Dame zärtlich die faltigen Hängebacken. Tante Petrine wälzt sich mit ihrem feinen Taschentüchlein verstoßen die Augen. „Dah es so weit hat kommen müssen mit uns! Doch mein armer Bruder nun auch noch seine Lieblingsbeschäftigung — seine ganze Passion — hergeben muß!“

Herr von Bracht muß laut und herzlich lachen. „Aber, liebste Petrine, deswegen dürfen wir doch nicht den Kopf hängen lassen! Man muß doch noch viel Liebere Dinge opfern. Natürlich wird es mir nicht leicht. Aber Frieden hergeben, viele mir noch schwerer. Und so ist uns die Mächtigkeit aneben. Aber dieses schwere Jahr der Mißernte fortzukommen, ohne noch mehr Schützen machen zu brauchen. Sieh, ich bin nun auch alt, und meine Augen verlangen oft den Dienst. Treue dich mit uns, daß

wir noch so gesund beieinander sitzen dürfen. Daß wir bis jetzt noch immer satt zu essen hatten und keinen Mangel litten.“

„Und daß die Bratäpfel nun endlich in der Küche platzen, worauf ich schon so lange gewartet habe“, ruft Hopps und springt mit jähem Satz vom Sofa.

„Wenn du wegen des Pachtvertrages deiner Jagd zur Stadt mußt, Vater, so nimm mich bitte bis Eschenhagen mit. Ich möchte Schwiegermutter gern mal aufsuchen, sie soll wieder elend sein.“

Eva-Maria hat sich fragend zu Herrn von Bracht gewendet. „Ich denke, Hubert ist in England?“ ruft Hopps fauend und den heißen Bratäpfel von einer Hand in die andere tanzen lassend.

„Er ist dahin abgereist. Aber ich kann mich doch trotzdem nach seiner Mutter umsehen“, lächelt Eva-Maria und schraubt die Lampe ein wenig tiefer, weil sie blaute. Man hat in Frieden noch kein elektrisches Licht.

„Und wann lebst du in die Zeitung, Eva: Erholungsbedürftige finden jederzeit liebevolle Aufnahme usw.? Ach, ich muß ja lachen, wenn ich daran bloß denke! Dann heißt es bald: Hotel oder Pension Frieden hier bei uns.“

Eva schüttelt ernst verweisend den Kopf.

„Es ist wirklich gar nicht so lächerlich, Hopps. Sehr viele tun es jetzt so. Helmanns in Kommern, werden ihr großes Landhaus schon lange so aus. Warum sollen unsere vielen schönen Fremdenzimmer einfach so leer stehen? Es wäre nur totes Kapital. Und das hat keiner jetzt übrig.“

Vater nickt zustimmend mit dem Kopf. Tante Petrine seufzt leise und zahlt dann mit tief gebeugtem Kopf ihre Nase, damit man ihre Tränen nicht sieht.

Hopps holt sich den vierten Bratäpfel aus der Ofenröhre und ist für Minuten am Sprechen behindert, was die Schwestern als recht wohlthuend ansehen.

Im großen Wohnzimmer bei Eschen sind wieder die dunklen, leinenen Vorhänge zugezogen. Ein mattes Dämmlicht füllt den hohen Raum, denn nur die kleine Lampe mit dem bunten Schirm brennt auf dem zierlich angerichteten Teetisch in der Ecke. In silberner Schale duften kleine, frische Kuchen, und unter dem alten, kupfernen Teefestlummi die blaue Blumme.

(Fortsetzung folgt)

Leipzig und Umgebung

Unfall Klemperers bei einer Gewandhausprobe

Leipzig. In der Gewandhausprobe am Dienstag erlitt Generalmusikdirektor Otto Klemperer einen Unfall. Klemperer hatte sich an das Geländer des Dirigentenpults so schwer angelehnt, daß das Geländer nachgab. Der berühmte Dirigent stürzte rücklings vom Podium in den Zuhörertraum und zog sich Knieverletzungen zu, so daß er nicht imstande sein wird, das 14. Gewandhauskonzert zu leiten. Zuerst wurde angenommen, daß der Künstler auch eine leichte Gehirnerschütterung davongetragen hat, was aber nicht der Fall zu sein scheint. An Klemperers Stelle wird Generalmusikdirektor Gustav Brecher den Taktstock im nächsten Gewandhauskonzert führen, dessen Programm unverändert bleibt.

Fünf tödliche Unfälle und vier Selbstmorde in einer Woche. Nach dem Wochenanweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug in der Woche vom 15. bis zum 21. Januar die Zahl der Lebendgeborenen 122, davon 68 Knaben und 56 Mädchen. Außerdem wurden drei Kinder totgeboren. Gestorben sind in dem gleichen Zeitraum 189 Personen, darunter elf Kinder unter einem Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 93 männliche und 96 weibliche Personen. Fünf Personen erlitten tödliche Unfälle und vier endeten durch Selbstmord.

Hochverräterische Schriften in Leipzig beschlagnahmt

In dem Grundstück Cermats Garten fand in den Räumen der Bezirksleitung der KPD in der Wohnung eines ehemaligen Mitgliedes der Bezirksleitung eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt; es wurde ein großer Polster Hochverräterischen Inhalts gefunden, die zum Teil erst in den letzten Tagen hergestellt worden waren und nun zur kommunistischen Propaganda verteilt werden sollten. Das Bezirksleitungsmitglied wurde festgenommen.

Sieben Verletzte in Leisnig

Die Eiserner Front veranstaltete im Schützenhaus in Leisnig eine Kundgebung, der etwa 900 Personen beiwohnten. Nach Schluß dieser Kundgebung zogen die Teilnehmer zum Markt. Auf die Bemerkung eines Reichsbannermannes hin, daß er einen Nationalsozialisten mit einer Schußwaffe beobachtet habe, wurde der Nationalsozialist von der Polizei festgenommen und auf der Wache durchsucht; man fand bei ihm aber nur einen Ohrenstecker. Inzwischen wurden die Demonstranten von der Polizei aufgelockert, auseinanderzugehen. Diese kamen der Aufforderung nicht gefolgt nach, sondern zogen mit Kommunisten zur Geschäftsstelle der NSDAP. Hier griff die Polizei abermals ein, um die Demonstranten zum Zurückgehen zu bewegen. Während dieser Zeit fielen etwa 40 Schüsse, wodurch sieben Personen verletzt wurden, eine von ihnen schwer. Mit Hilfe eines aus Kiel herbeigerufenen Ueberfallkommandos wurde die Geschäftsstelle der NSDAP nach Waffen durchsucht; es wurden einige Schlagruten gefunden. In einem nahen Gehölz entdeckte man eine geladene Pistole, aus der drei Schüsse abgegeben worden waren. Die Untersuchung des Falles ist noch nicht abgeschlossen. Die Verletzten gehören sämtlich der SPD an.

Nach sozialdemokratischer Darstellung sollen, als sich der Zug der Versammlungsteilnehmer in der Stadt auflösen wollte, ohne jeden Anlaß viele Schüsse gefallen sein, durch die sechs Angehörige der Eisernen Front verletzt wurden. Die Nationalsozialisten, von denen die Schüsse abgegeben worden seien, wären ins Braune Haus geflüchtet; der Schieber sei eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten nicht voraufgegangen. Die Verletzten seien sämtlich durch Schüsse von hinten getroffen worden.

Die Nationalsozialisten geben an, daß ihre Gegner Sperrketten gebildet und im Lauffschritt auf das Braune Haus zu gestürzt wären; die Schüsse seien zuerst von den Demonstranten gefallen, worauf SA-Leute zum Gegenangriff vorgegangen seien. Durch das Eingreifen der Polizei sei der Kampf zum Stillstand gekommen.

Aus der Lausitz

Eine Diebesbande vor Gericht

Bautzen. Vor der Großen Strafkammer des Bautzener Landgerichts begann am Montag der Prozeß gegen eine gemeingefährliche Diebesbande, die im vorigen Jahre monatelang die nördliche Lausitz durch nächtliche Einbruchsdiebstähle heunruhigt hat. Angeklagt sind 9 Großdubrawaer und 2 Crostaer Einwohner, zum großen Teil junge Burschen. Bei ihren nächtlichen Diebes- und Einbrecherfahrten, die sie z. T. mit Motorrädern aus-

Caritas — das Gebot der Zeit

Die Präsidentin der Reichsgemeinschaft der Elisabethvereine Deutschlands in Bautzen

Bautzen. Am 6. Februar besuchte die Präsidentin der Reichsgemeinschaft der Elisabeth- und Frauenvereine Deutschlands die Stadt Bautzen, um über moderne Elisabetharbeit in der Diözese Weiksen zu sprechen. Die gutbesuchte Sitzung war für Montag vormittag 10 Uhr im Kolpinghause anberaumt. Es waren dazu erschienen die Herren Pfarrer, sowie die Vorstände der Elisabethvereine aus Bautzen, Dresden, Heinitz, Kamenz, Schirgiswalde, Kunnersdorf, Löbau, Ostrik, Kalbitz und Storch mit ihren Anhängerinnen.

Pfarrer Sprengel begrüßte die Rednerin und sämtliche Erschienenen, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß die Anregungen auf guten, fruchtbaren Boden fallen mögen. Hierauf ergriff die Präsidentin das Wort und entwickelte u. a. folgende Gedanken: „Die Liebe zum Volke sei die Kraft, um der Not gerecht zu werden; es müsse ein neuzeitlicher Zusammenschluß erreicht werden, um unsere Aufgaben durchzuführen: Betreuen der Familien, Beseitigung der Wohnungsnot, Einblick in kinderreiche Familien, Erziehung der Kinder, Zupacken im verwahrlosten Haushalt bei alleinlebenden Männern und Frauen, Vermitteln religiöser Zeitungen, Hebung der seelischen und körperlichen Not der schulentlassenen Jugend, Unterstützung der Winterhilfe und des freiwilligen Arbeitsdienstes u. a. m.“

Pfarrer Hebuschke sprach der Rednerin seinen Dank aus, bat um Vorschläge zur praktischen Gestaltung der Elisabethfürsorge, und fand, daß Verschiedenes bei uns bereits in dem Sinne der Rednerin geübt werde.

Pfarrer Sprengel regte nun eine gegenseitige Aussprache an. — Hungersnot war ja oft eine Prüfung des Landes, schon als uns St. Elisabeth die Wege zeigte, die Not zu lindern; schon damals galt es, die Kinder im Geiste des Christentums zu erziehen. Eine neue Zeit ist angebrochen, in der wir unsere Liebe verdoppeln müssen; denn Caritas ist das Gebot der Zeit! Bei den Bescheidenen, die bei Seite stehen, ist die Not am größten, weil sie aus Sorge, jemanden zur Last zu fallen, ihre Ernährung schon eingeschränkt haben, und am Hungertuche nagen. Wo sind sie, die das Fordern nie gelernt? Wir wollen sie in unseren Listen fortführen. Weil wir um ihre heimliche Not wissen, deshalb müssen wir unsere Liebe verdoppeln. 45 000 Elisabethfrauen lassen Gottes reichsten Segen hineinstreuen in die Herzen der armen Frauen. Unpraktische Frauen sollen wir belehren um sie zu einem Umstellen zu bewegen. — Die Frage der Jugend führte zum Verständnis der Beteiligten, und damit war die erste Sitzung beendet. M. R.



Der König von Dänemark in Berlin.

König Christian von Dänemark stattete am Dienstag dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. — Unter Bild: Der König betritt die Reichshaus, in der gegenwärtig Hindenburg wohnt.

führten, waren ihnen Stoffe, Radioapparate, Schuhwaren, Schußwaffen, Uhren, Lebens- und Genussmittel sowie ein Motorrad und ein Fahrrad in die Hände gefallen. Auch der Einbruch in das Gemeindeamt Großdubrau in der Nacht zum 30. August v. J., wobei sie allerdings nur 75 RM. erbeuteten, kommt auf das Konto der Angeklagten. — Die Verhandlung wird vermutlich bis Sonnabend dauern.

I. Bautzen. Am Montagnachmittag stürzte in Spittwitz der Schmied Ernst Hänsel in einen Steinbruch und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Er mußte dem Bautzener Stadtkrankenhaus zugeführt werden.

Nächste Gehaltszahlung: 18. Februar. Laut Verordnung des Ministeriums des Innern wird das zweite Februar-Drittel der Dienstbezüge der Beamten und derjenigen Angestellten des Staates, die ihre Bezüge halbmöndlich im Voraus erhalten, am 18. Februar gezahlt werden, während die zweite Februarhälfte der staatlichen Versorgungsbezüge der Beamten, Lehrer und Hinterbliebenen am 27. Februar ausgezahlt werden soll. Vor den Zahltagen dürfen Bezüge auch nicht teilweise ausgezahlt werden. Ueber die weiteren Zahlungstage wird später bestimmt werden.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

25 Prozentige Senkung von Schlachthofgebühren.

Zwickau. Die Stadtverordneten beschlossen gegen nur 4 Stimmen, den Verwaltungsrat des Vieh- und Schlachthofs aufzufordern, die Schlachthofgebühren um 25 Prozent zu senken.

h. Klingenthal i. V. Hausdurchsuchung bei Kommunisten. Polizei und Genbarmerie haben hier und in Brunnödra Hausdurchsuchungen bei Kommunisten vorgenommen. Es wurden Druckschriften beschlagnahmt, in denen zum Generalstreik aufgefordert wurde.

202. Sächsische Landeslotterie

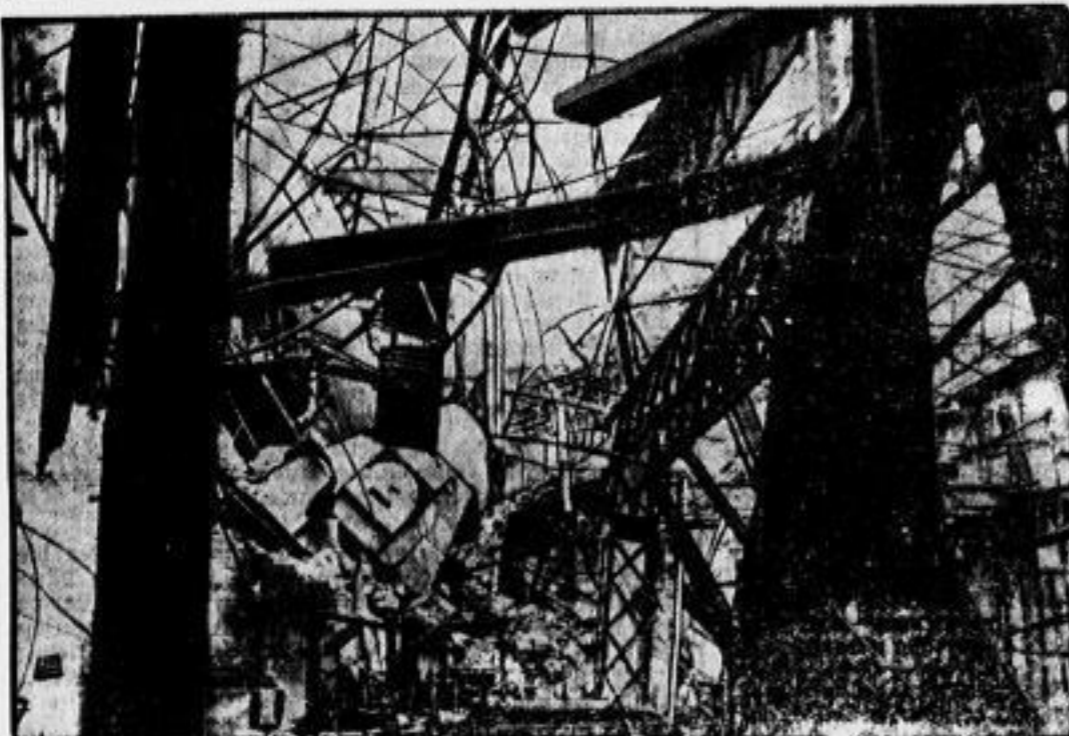
4. Klasse — Ziehung vom 7. Februar — 2. Tag.

Ohne Gewähr.

10 000 Mark:	5920.
5 000 Mark:	3929 86583 116420.
3 000 Mark:	41520 69489 65574 72657.
2 000 Mark:	27357 147004 148388.
1 000 Mark:	25574 50105 51814 61789 121233 128805 131104
750 Mark:	8649 12462 13421 14226 34728 44175 57433 64459 76709 77209 77914 82199 104822 106797 113026 126207 128798 138003 145943 155477 158519.
500 Mark:	7515 13935 15905 19878 21720 25416 31900 36706 39467 40513 41019 48416 51426 52272 58000 58403 64005 73309 75041 77188 88301 90608 91072 92356 93856 97676 100857 101307 106006 117740 119082 119853 124442 137943 140004 141773 144973 150237 150888 152483.

Sächsische Landesopferbriefenkassette in Dresden. Am 20. Februar findet die nächste Ziehung von Goldmark-Opferbriefen der Serien 2, 5 und 8 statt. Es werden von der Serie 5 66 900 Goldmark und von der Serie 8 75 200 Goldmark für den 1. April 1933 und von der Serie 2 78 400 Goldmark für den 1. Juni 1933 ausgelost. Die Rückzahlung dieser Stücke erfolgt zum Kurse von 100 Prozent.

Das Kaufhaus der Firma Hermann Tieh hat in dieser Woche ein ganz besonders feierliches Kleid angelegt. Schon die Fassade des mächtigen Gebäudes hämmert es mit großen Lettern dem Passanten unvergeßlich ein, daß hier z. B. „Weiße Woche“ ist. Und „Weiße Woche“ ist bei Tieh bekanntlich ein ganz besonderes Ereignis. Das zeigt auch schon ein flüchtiger Blick auf die kunstfertig ausgelegten Waren in den einzelnen Schaufenstern. Jedes Schaufenster ist ein Meisterstück für sich. Auch das Innere des Hauses hat eine dekorative Veränderung erfahren, die dem Besucher den Aufenthalt in dem mit Käufen dichtgefüllten Haus angenehm macht. Jede Verkaufsabteilung hat entsprechend den eigenen Ideen und Fertigkeiten der Verkäufer und Verkäuferinnen im gegenseitigen Wettbewerb hier viel Fleiß und Liebe auf eine schöne, gefällige Ausstellung verwandt. Oft sind es Kleinigkeiten der Anordnung, die eine glückliche Wirkung hervorrufen. Von den Wänden grüßen zum Kauf der Waren einladende Sprüche. Denn das Kaufen ist im Warenhaus neben dem berechtigten Bedürfnis des Bestehens und Betrachtens der Waren und des Betriebs auch heute noch eine seitens der Leitung gern gesehene Angelegenheit, die es vor allem in solchen Wochen wahrzunehmen gilt.



So sah es nachher aus.

Blick in die durch eine Explosion völlig zerstörte Zentrale der Renaultwerke in Paris. Bei der Explosion wurden 8 Arbeiter getötet, 150 verletzt.

A-Stat s. Dresden Stadtbiblio- 104